

ZIVILER BEVÖLKERUNGSSCHUTZ

ZB



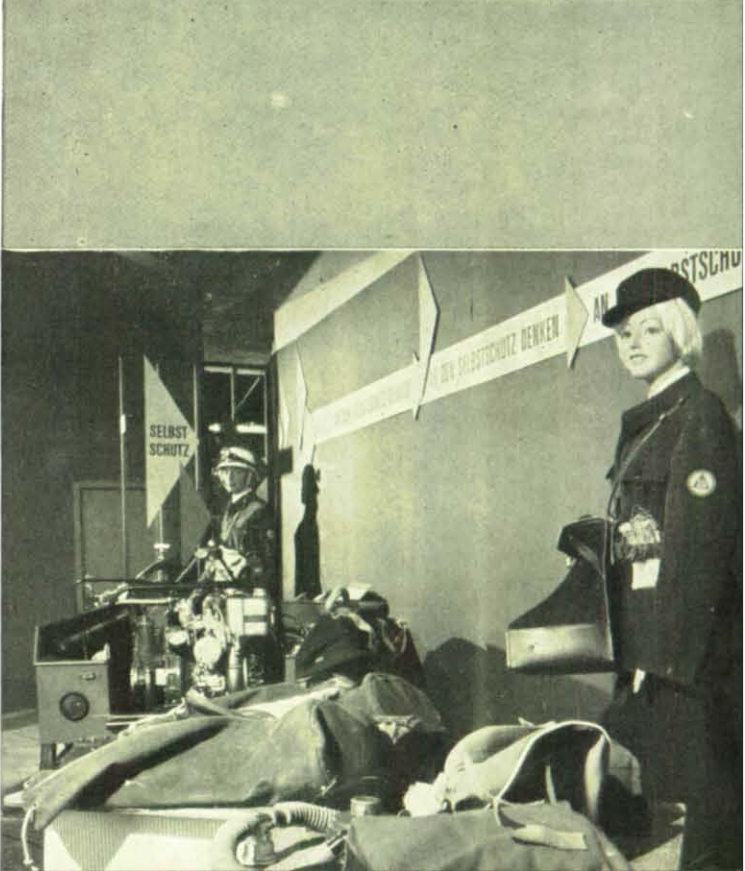
Unser Bild zeigt Helfer der Rettungsstaffel eines Selbstschutzzuges beim übungsmäßigen Durchstemmen einer Mauer unter engen Raumverhältnissen. An besonders für Lehrzwecke errichteten Übungsanlagen der Schulen des Bundesluftschutzverbandes erlernen die Helfer die fachgerechte Bergung von Verschütteten.

- Gemeinschaftsübung am Dreiländereck
- Nancy zeigte: „Schutz dem Leben“
- Notstandsrecht und Öffentlichkeit
- Sechs Tage Bunkertest in Dortmund

Herausgegeben im Auftrag des
Bundesministeriums des Innern
vom Bundesluftschutzverband
Nr. 8 • August 1964 • 9. Jahrgang
Preis des Einzelheftes DM 1,50

Schon seit Jahrhunderten: **SELBSTSCHUTZ**

Am 4. Juli 1964 öffnete die große Ausstellung zur 3. Badischen Landwirtschaftlichen Woche auf dem Freiburger Messegelände ihre Tore, um einmal mehr das Augenmerk der Öffentlichkeit auf einen bedeutsamen Faktor der Volkswirtschaft, nämlich auf die Landwirtschaft, zu lenken. Die Ausstellung sollte in erster Linie dem Bauern eine Hilfe sein, seine betriebswirtschaftlichen Probleme zu bewältigen und ihn dem allgemeinen Ziel näher zu bringen, im Rahmen einer konkurrenzfähigen Landwirtschaft zwischen Oberrhein und Bodensee arbeiten zu können. Sie sollte aber auch den Städter noch stärker ansprechen und ihm deutlich machen, daß Stadt und Land in einer zwangsläufigen Partnerschaft leben, auch wenn sie sich zuweilen mißverstehen. Unter solchen Gesichtspunkten war der gesamte Aufbau der Ausstellung anzusehen, die einmal den Bauern mit ihren wirksamen Beratungsmethoden hinsichtlich der erstrebten Schwerpunktbildung in der Betriebsführung seines Hofes ansprach, die ihm die Vorzüge des Spezialbetriebes erläuterte und die auch auf die besonderen badischen Verhältnisse abgestimmt war. Die große Schau wollte keine ausgesprochene Fachausstellung sein, sondern sie trug auch einen werbenden Charakter. Darum fügte sich die Sonderschau des Bundesluftschutzverbandes, die mit ihrer gediegenen Gestaltung viele Besucher anlockte, würdig in den Rahmen ein. Auch der baden-württembergische Finanzminister Dr. Hermann Müller gehörte zu den Besuchern (Bild Mitte, links). Am Informationsstand des BLSV (Bild oben) gab es manches interessante Gespräch, das bewies, daß dem Gedanken des Selbstschutzes und seinen modernen Geräten (Bild unten) von der Landbevölkerung größtes Verständnis entgegengebracht wird. Denn bei ihr werden schon seit Jahrhunderten die Begriffe „Selbstschutz“ und „Nachbarschaftshilfe“ groß geschrieben.



INHALT

Schon seit Jahrhunderten: Selbstschutz ..	II
Hilfe bei Not endet nicht am Schlagbaum	1
In Perl war die Hölle los... Deutsch-luxemburgische Zivilschutzübung am Dreiländereck	2
Schutz dem Leben. Erste internationale Fachausstellung „Brand- und Katastrophenschutz“ in Nancy	6
Notstandsrecht und Öffentlichkeitsarbeit. Diskussion in Bad Boll über die Grundprobleme einer Verfassungsänderung für den Notstandsfall	12
ZB im Bild	16
Sechs Tage im „Sonnenbunker“	18
Zivilschutz in unterirdischen Verkehrsanlagen. U-Bahn-Bau in Rotterdam als weiteres Beispiel	22
Neue Bücher	25
Zivilschutz „ein Schwindel“? Ein BLSV-Interview mit Nobelpreisträger Prof. Pauling	26
Wie wir in Hamburg erster Sieger wurden. Rückschau eines Kaiserslauterner Selbstschutzzuges	28
Landesstellen berichten	30
Das interessiert den Landwirt. Hannover zeigte: Selbstschutz in landwirtschaftlichen Betrieben	III

Herausgeber: Bundesluftschutzverband, Köln
Bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts

Chefredakteur: Fried. Walter Dinger; Redakteure: Helmut Freutel, Alfred Kirchner, Wolf Schmalfluss, Dr. phil. Clemens Schocke, alle in 5000 Köln, Merlostraße 10-14, Tel. 72 01 31; Druck, Verlag und Anzeigenverwaltung: Münchner Buchgewerbehaus GmbH, 8000 München 13, Schellingstraße 39-41, Tel. 22 13 61. Für den Anzeigenteil verantwortlich Hans Horsten. Z. Z. gilt Anzeigenpreisliste 3/D. Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Bei Einsendungen Rückporto beifügen. Für unverlangte Beiträge keine Gewähr. — Photomechanische Vervielfältigungen für den innerbetrieblichen Gebrauch nach Maßgabe des Rahmenabkommens zwischen dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels und dem Bundesverband der Deutschen Industrie gestattet. Als Gebühr ist für jedes Blatt eine Wertmarke von DM 0,10 zu verwenden. — Diese Zeitschrift erscheint monatlich. Einzelpreis je Heft DM 1,50 zuzüglich Porto (Österreich: öS 10,—, Schweiz: Fr. 1,80, Italien: L 250). Abonnement: vierteljährlich DM 4,50 zuzüglich DM 0,09 Zustellgebühr. Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum Schluß eines Kalendervierteljahres erfolgen. Sie muß spätestens an dessen erstem Tag beim Verlag eingehen. Bestellungen bei jedem Postamt oder beim Verlag.



Hilfe bei Not endet nicht am Schlagbaum

In diesem Heft kommen zwei bedeutsame Ereignisse auf dem Gebiet des zivilen Bevölkerungsschutzes der Bundesrepublik zur Sprache. Es ist einmal die großangelegte deutsch-luxemburgische Zivilschutzübung im Dreiländereck bei Perl an der Mosel und zum anderen die Beteiligung des Bundesluftschutzverbandes an der Internationalen Fachausstellung für Brand- und Katastrophenschutz in der französischen Stadt Nancy.

Die Gemeinschaftsübung in Perl, an der etwa 130 Mitglieder der Luxemburgischen Protection Civile und auf deutscher Seite rund 200 Personen teilnahmen, war für alle Beteiligten aufschlußreich und interessant. Sie unterstrich die große Bedeutung einer über die Grenzen reichenden internationalen Zusammenarbeit in Zivilschutzfragen. Sie erbrachte aber auch den Beweis, daß Katastrophen aller Art die lokalen Schutz- und Rettungsmöglichkeiten überfordern können, und daß Hilfe über die Grenzen hinweg notwendig werden kann. Die Beteiligung des Bundesluftschutzverbandes an der Ausstellung in Nancy zeigte ebenfalls, daß freundschaftliche und gutnachbarliche Beziehungen die Grundlage für eine enge Zusammenarbeit mit anderen Ländern auch auf dem Sektor des Zivilschutzes schaffen können.

Beide Veranstaltungen gaben Gelegenheit zu einem regen Austausch von Erfahrungen. Die Vorstellungen vom organisatorischen Aufbau eines zivilen Bevölkerungsschutzes sind in jedem Lande anders. Sie müssen anders sein, da das, was für das eine Land richtig ist, nicht immer für das andere Land richtig sein kann. Viele Faktoren, wie z. B. die Bevölkerungsdichte, die geographische Lage, die Art der Wirtschaft, die Gesetzgebung, die soziale Struktur, Tradition und Erfahrungen aus der Vergangenheit sind mitbestimmend. Dennoch hat ein Erfahrungsaustausch seine Berechtigung. Denn Erfahrung, ob positiv oder negativ, ist immer kostbares Gut. Warum also soll man nicht andere Menschen von eigenen Erfahrungen profitieren lassen? Warum soll man nicht mit offenen Karten spielen, wenn es darum geht, erworbene Kenntnisse zum Wohle eines noch größeren Menschenkreises auszunutzen? Ist nicht für jedes Land die Frage, was das Ausland zum Schutze der Zivilbevölkerung für den Fall eines neuen Krieges tut, von erheblicher Bedeutung? Gibt doch die Antwort auf die Frage: „Was machen die anderen?“ zugleich Auskunft darüber, was bei einem selbst noch zu tun ist. Es wäre gewiß ein falscher Stolz, wollte man nicht von den Erfahrungen anderer lernen, wollte man nicht Anregungen für die Überwindung eigener Schwierigkeiten sammeln und wertvollen Rat mitnehmen.

Art und Umfang der erforderlichen Schutzmaßnahmen werden durch die Wirkung der Waffen bestimmt, die zum Einsatz gelangen könnten. Für die Reichweite vieler Angriffsmittel sind Landesgrenzen völlig ohne Bedeutung. Gegenseitige Hilfe über die Grenzen hinweg sollte darum in Zukunft mit in alle Planungen einbezogen werden. Hilfe bei Not darf nicht am Schlagbaum enden.

H. F.



In Perl war die Hölle los...

Deutsch-luxemburgische Zivilschutzübung am Länderdreieck

Gewitterschwere Wolken zogen langsam über das Moseltal bei Perl, und voller Sorge sahen einige Männer zum abendlichen Himmel. Leichter Nieselregen fiel herab. An verschiedenen Stellen des Ortes hantierten Männer in grauen Schutzanzügen mit Spaten, Hacken, Balken und Brettern, brachen Mauerdurchbrüche, gruben Löcher, deckten sie ab, türmten Sandsäcke vor Türen und Kellerfenster und schichteten Berge von Holz und alten Autoreifen aufeinander. Einwohner des Ortes, die des Weges kamen, grüßten wie jemand, der weiß, um was es geht, und die Männer in den grauen Schutzanzügen dankten lächelnd zurück. Schon Wochen vorher hatten einige Herren der BLSV-Landesstelle Saarland beim Gemeindeamt vorgesprochen, Anregungen gemacht. Man ging von Haus zu Haus, sprach mit Männern und Frauen, mit Angestellten und Arbeitern. Man kam dann wieder mit Karten und Plänen.

Anfangs herrschte Skepsis

Des Rätsels Lösung für all diese Geschäftigkeit lautete: Der Bevölkerungsschutz übt in Perl! Aber von Bevölkerungsschutz wollten die Menschen an dieser Grenze nach allem, was geschehen war, nach Krieg und Not, anfänglich nichts hören. Die Bewohner von Perl leben in einer Ecke Deutschlands, in die schon immer der Krieg blutige Wunden schlug. Sie wollen endlich Ruhe und Frieden; vor allem mit den Menschen jenseits der Grenzen. Es war daher schwer für die Männer des Bundesluftschutzverbandes, die Landsleute von Perl davon zu überzeugen, daß hier nicht eine politische Demonstration beabsichtigt war, sondern an die Möglichkeit der Selbsthilfe aus der Bevölkerung heraus für Notstandsfälle appelliert werden sollte. Die geplante Übung sollte aber folgenden friedlichen Zwecken dienen: die Einsatzbereitschaft, Leistungsfähigkeit und Leistungsgrenze sowie den Wirkungsbereich des Selbstschutzes nach erfolgter Grundausbildung freiwilliger Helfer in einer Gemeinde festzustellen. Zugleich sollten damit den Nachbarn im Ausland, vor allem der Leitung der Protection Civile des Großherzogtums Luxemburg, Bedeutung, Aufgaben, Organisation und Ausrüstung des Selbstschutzes als einen Teil des Zivilschutzes der Bundesrepublik vorgeführt werden. Im Hinblick darauf war als ein wichtiges Planziel die Zusammenarbeit von Selbstschutz, örtlichen Zivilschutzkräften der Katastrophenschutzorganisationen sowie die Möglichkeit überlagernder Hilfe (auch über die Grenzen hinweg) vorgesehen.

Die Perler wollten zunächst nicht glauben, daß es im Falle eines modernen Krieges Möglichkeiten des Überlebens gibt. Sie waren nur zögernd bereit, sich durch einen Aufklärungsvortrag davon überzeugen zu lassen. Für die Durchführung einer Übung größeren Ausmaßes war es jedoch notwendig, die Kommunalverwaltung, Katastrophenschutzorganisationen und einen Teil der Einwohner samt Betrieben und Bauernanwesen zu gewinnen und durch Lehrgänge für die Selbst-

schutzübung vorzubereiten. Gutes Einvernehmen schaffte die Grundlage für ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten, so daß schon zu Anfang des Jahres die Vorbesprechungen beginnen und im Rahmen von Arbeitstagen die Lage, Einsätze und auch die übrigen Phasen der Übung festgelegt werden konnten.

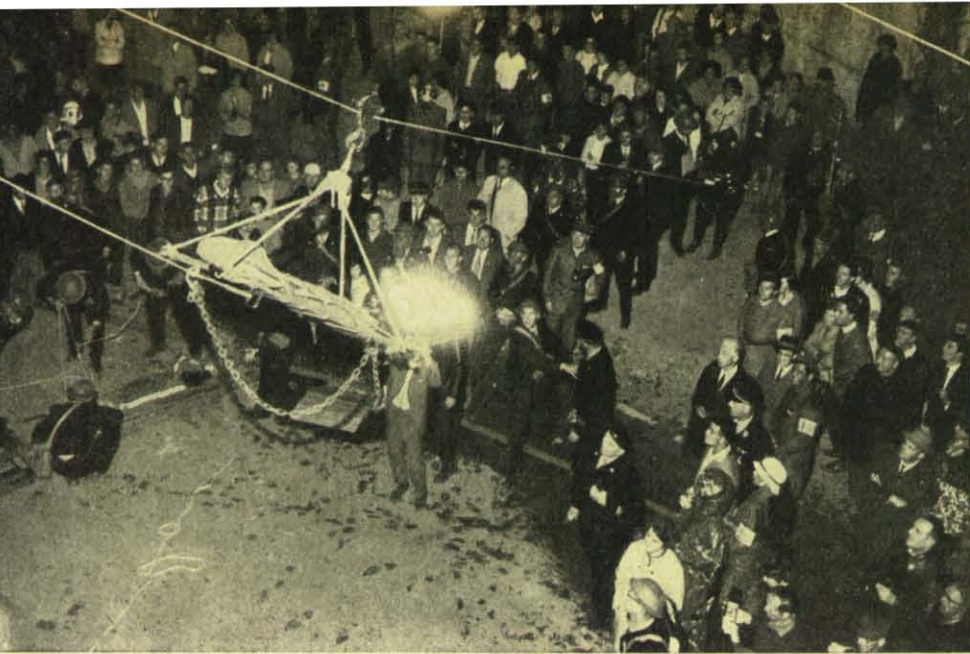
Eine Regiebesprechung im größeren Rahmen an der BLSV-Landesschule Saarland im Frühjahr zeigte dann schon in konkreten Umrissen den Ablauf der geplanten Übung. Auch die entsprechenden Verhandlungen mit der Protection Civile in Luxemburg brachten keine Schwierigkeiten. Wenn auch die Übung selbst mit Selbstschutz-Helfern aus der Gemeinde Perl durchgeführt werden sollte, oblag doch der Landesstelle Saarland des Bundesluftschutzverbandes die Planung und Leitung sowie die Bereitstellung von Geräten und Material. Übungsleitung, Fachführer und Gehilfen bildeten das Rückgrat, schafften die technische Grundlage und die Sicherheit. Aufbautrupps hatten den Auftrag, wirklichkeitsnahe Schadensstellen und Schutzvorrichtungen für Rettung und ABC-Schutz, Feuerstellen für Klein- und Mittelbrände zu errichten. Die Alfred Nobel AG, Merzig, hatte den technischen Sonderdienst, wie akustische und optische Darstellung von Kampfmitteln, übernommen.

Die Planziele der Übung

Die auf den 20. Juni von 21 bis 24 Uhr festgesetzte Zivilschutz-Übung fand unter folgenden Aspekten statt: In der Gegend Metz wurde eine nukleare Bodenexplosion angenommen, so daß mit radioaktivem Niederschlag zu rechnen war. Der Störangriff eines tieffliegenden Flugzeuges auf Perl verursachte in dieser Ortschaft Brände und Zerstörungen, so daß Verschüttete und Verletzte zu bergen waren. Die Landesregierung vom Saarland erbat sodann die Hilfe der Luxemburger Protection Civile, deren Hilfskolonne (in Bereitschaft auf der Straße Bürmeringen—Schengen) sich über die SchenGENER BRÜCKE in Bewegung setzte. Die Luxemburger Hilfskräfte standen nun vor der Aufgabe, die Wasserförderung von der Mosel bis Ortsmitte Perl (Leitung von 1700 m Länge) zu sichern sowie an der Verletztenbergung aktiv teilzunehmen. Mittlerweile erfolgte noch ABC-Alarm, so daß auch die Feststellung der Radioaktivität allen Teilnehmern an der Übung zahlreiche Aufgaben stellte.

Was sich in drei Stunden abspielte

Pünktlich um 21 Uhr zerreißt ein großer Lichtschein das Halbdunkel des Abends. Mit der Meldung: „Überraschungsangriff auf den Raum Metz durch Raketen mit atomarem Sprengkopf (20 Kt); Bodenexplosion; radioaktiver Niederschlag zu erwarten; Wind aus Süd-Süd-West, 30 km/h Geschwindigkeit“ ist der Startschuß gefallen. Sirenen heulen auf: „Luftalarm!“



Obere Bildreihe: Die deutsch-luxemburgische Gemeinschaftsübung in Perl an der Mosel ließ an Realistik nichts zu wünschen übrig. Gebannt verfolgten die Zuschauer die Lösch-, Rettungs- und Bergungsarbeiten.



Wer die Bilder dieser Seite intensiv betrachtet, kommt auch zu dem Schluß, daß in Perl „die Hölle los war“. Wüßte man nicht, daß es sich bei dem Geschehen um eine Übung gehandelt hat, könnte man tatsächlich an eine Katastrophe glauben. Hier war jeder Teilnehmer mit tiefem Ernst bei der Sache. Selbst Zuschauer wurden völlig unprogrammgemäß von dem sich bietenden Schauspiel mitgerissen und griffen tatkräftig in die Hilfs- und Rettungsmaßnahmen ein.





Oben: Die Feuerwehr von Merzig griff mit schwerem Gerät in die Übung ein. Links: Prominenter Besucher der Gemeinschaftsübung war Prinz Charles von Luxemburg, Generalinspekteur der Protection Civile (links im Bild). Darunter: Ltd. Reg.-Dir. Fritze (BLSV) läßt sich die Funktion der Heizaggregate der „Gulaschkanonen“ erklären, mit denen die Damen vom Service Social vom Luxemburger Protection Civile (daneben) eine schmackhafte Suppe bereiteten.



Unten: Das Bild von den behelfsmäßigen Schutzmaßnahmen mit Hilfe von Sandsäcken, aufgenommen nach der Übung auf einem Bauernhof in Perl, zeugt von der Einsatzbereitschaft der Bewohner.



Auf den Straßen stehen vereinzelt Menschen, sprachlos einander anschauend. Langsam schleicht die Dunkelheit hinter den Häusern hoch. Plötzlich ein lang anhaltender Ton, wie ihn viele noch kennen aus den Tagen des Luftkrieges: Entwarnung! „Noch einmal davongekommen“, erinnern sich diese Menschen; doch schon tönt es aus dem Lautsprecher: „In etwa einer Stunde ist mit radioaktivem Niederschlag im Gebiet Obermosel—Saarlouis—Trier zu rechnen. Verteidigungsfall ist eingetreten. Ruhe bewahren; nicht unüberlegt handeln; Ort nicht verlassen; Notwendiges wird rechtzeitig angeordnet. Sofort alle Zivilschutzvorbereitungen überprüfen!“

Diese Meldung löst den aktiven Einsatz der Selbstschutzkräfte aus. Diese sollen zeigen, wie sie den ersten Schäden zu Leibe gehen. Stroh puppen als Menschenattrappen werden durch die Gegend geschleppt. Dann hört man ein herannahendes Flugzeuggeräusch. Es folgt die Lautsprecheransage: „Störangriff durch tieffliegendes Flugzeug; Ziel: vermutlich die im Ort liegenden Versorgungslager; Abwurf von Elektron-Thermit-Bomben, gemischt mit einzelnen Sprengbomben.“

Jetzt bricht die Hölle los! In wenigen Sekunden prasseln Hunderte von Lichtfetzen auf die Häuser nieder. Es sieht aus, als ob lodrende Flammen aus Fenstern und von den Dächern züngeln. Feuerwerkskörper demonstrieren niederfallende Sprengbomben. Im Flammenschein rennen Menschen auf die Straßen. Weit hinter einer Mauer, zwischen den Bäumen, leuchtet es hell auf: Die Kirche und das Palais scheinen in ein Flammenmeer getaucht zu sein. In dieses vorgetäuschte Furiosum heulen wieder die Sirenen: „Luftalarm!“

Die Zuschauer sind wie gebannt. Sichtlich beeindruckt erleben sie dieses Schauspiel von Lärm, Flammen und scheinbarer Vernichtung. Könnte das nicht einmal wieder Wirklichkeit werden? Der Ortsteil um die katholische Kirche in Perl ist das Einsatzgebiet für einen Teil der Selbstschutz-Übung. Anderntags las der Perler Bürger gemächlich am Frühstückstisch sitzend darüber in der Zeitung: „An der Zuckerknupp hat ein Haus Totalschaden; ein Haus steht in hellen Flammen; Verletzte liegen unter den Trümmern; Brandschutz- und Rettungstrupp sind um Bergung der Verschütteten bemüht. Sie gehen gegen ein Inferno von Rauch und Flammen vor. Ein Suchhund bellt. Er hechelt in der sengenden Hitze, seine Flanken fliegen. Er stößt mit seiner Schnauze gegen die Trümmer, scharrt mit der Vorderpfote. Bellt abermals. Steine werden beiseite geworfen, in der Tiefe stöhnen Menschen . . .“

Aber zurück zur Übung: Inzwischen hat der örtliche Luftschutz-Leiter in seiner Führungsstelle, beraten von seinen Fachführern, alles veranlaßt, was notwendig war, um diesem Notstand gerecht zu werden. Das Deutsche Rote Kreuz bekommt den Auftrag, auf dem Brunnenplatz eine Verletzten-sammelstelle einzurichten. Fahrzeuge rollen heran. Helferinnen und Helfer tragen Zeltzubehör und Ausrüstung auf die Wiese, packen aus, bauen auf und in kurzer Zeit steht das Zelt. Schon können die ersten „Verletzten“ betreut werden.

Noch immer prasselt das Feuer haushoch an der Zuckerknupp, Selbstschutz-Helfer buddeln „Verschüttete“ aus, versuchen zu retten, was zu retten ist. Da fällt die Wasserversorgung aus. Der Selbstschutz kann seiner Aufgabe nicht mehr nachkommen. Auch in der Eisenbahnsiedlung sind „Brände“ ausgebrochen, hat es „Verletzte“ gegeben.

Diejenigen Bewohner von Perl, die sich noch kurz vor Beginn der Übung reserviert bis ablehnend gezeigt hatten, wurden von diesem grausig-grandiosen Schauspiel sehr schnell mitgerissen. Als die sonst so vertrauten Umrisse der scheinbar brennenden Häuser des Oberdorfes am blutrot gefärbten Abendhimmel gespenstisch durcheinandertanzten, vergaßen sie, daß das alles bewußt geschah, künstlich erzeugt mit den raffinierten Mitteln der modernen Technik. Sie fühlten sich in die Welle des Helfenwollens hineingerissen. Plötzlich griffen die Männer, Frauen und Kinder von Perl tatkräftig zu, trugen „Verletzte“ zum Brückenwagen, holten sie heraus aus dem improvisierten Schutzraum, der, notdürftig durch eine Kerze erhellt, die ganze Dramatik des möglichen Ernstfalles offenbarte.

In der Führungsstelle des örtlichen Luftschutz-Leiters, die im Keller der Amtsverwaltung untergebracht ist, sammeln sich inzwischen die Meldungen, Hilferufe und Zahlen von „Verletzten“ von den Schadensstellen. Kleinbrände an vielen Orten. Am Zuckerknupp und in der Eisenbahnsiedlung Mittelbrände. Ein wichtiger Hydrant ist ausgefallen. Der örtliche Luftschutz-Leiter prüft die Lage und stellt fest, daß die eigenen Kräfte überfordert und alle verfügbaren Mittel bereits eingesetzt sind. Hilfe kann also nur noch von außen kommen. Er entschließt sich daher zu der Meldung an den Landrat in

Merzig: „21.1., 8 Uhr, Luftangriff auf Perl, Brand- und Sprengbomben abgeworfen. Verletzte auf den Straßen und in Häusern; 50—100 Verschüttete; drohende Großbrände, insbesondere Ausdehnung auf Vorratslager. Wasserversorgung ausgefallen. Eigene Kräfte überfordert. Hilfe erforderlich!“ Der Landrat gibt diese Meldung sofort an Hilfseinheiten, über die Grenzen hinweg nach Luxemburg, an die dortige Protection Civile. Wenig später erscheint der Gruppenchef der Luxemburger Protection Civile an der Brücke. Vor ihm auf der anderen Seite der Mosel am Hang „brennt“ Perl. In rasender Fahrt eilt er über die Brücke an die Unfallstelle, verschafft sich einen Überblick und gibt per Funk den Einsatzbefehl an seine Sektionen. Nun spielt da drüben der Apparat. Einheiten sammeln sich, fahren heran. Die Zollschranken sind weit offen; flüchtig winkt ein Zöllner den vorbeijagenden Fahrzeugen zu.

Zwei Wagen halten an der Mosel, schon sitzen die Helfer aus Luxemburg ab, hantieren mit Geräten, werfen Schläuche aus, kuppeln Schlauch für Schlauch entlang der Bundesstraße, hügelan nach Perl. Die anderen Wagen haben auf der Fahrt zur Unfallstelle an verschiedenen Stellen angehalten, Geräte abgeladen, und so geht es weiter. Tankfahrzeuge schaffen in Vorausfahrt Wasserreserven. Brandeinheiten stehen am Schadensort. Im Palais in der Biringer Straße sind „Verletzte“ eingeschlossen im oberen Stock des Hauses, Leitern werden von außen angelegt. Es beginnt die Bergung der „Verletzten“ mit Hilfe von Leitern und über eine Seilbahn aus dem Dachgeschoß des Palais.

Unten tragen Helfer noch immer „Verletzte“ zur Sammelstelle, Sanitätswagen fahren die „notdürftig Behandelten“ durch die schweigenden Gassen der Zuschauer zur Rettungsstelle.

In einem Keller leitet ein Arzt aus Perl das Notlazarett. Mit seinen Krankenschwestern versorgt er die „Verletzten“. Weißgekleidete Ordensschwestern spenden dabei Trost und Hilfe.

Dann hört man wieder die Stimme aus dem Lautsprecher: „An alle Einsatzkräfte: Schutzmasken aufsetzen, Meßwerte beachten; nicht eingesetzte Bevölkerung Schutzräume aufsuchen; Türen und Fenster schließen!“ Da und dort sieht man Uniformierte mit einer Schutzmaske. Gespenstische Gestalten im Schein der erlöschenden Brände. Ein vorbeifahrender Polizeiwagen gibt eine Anordnung bekannt: „Auswertung der Meßergebnisse und Bestimmung der erhaltenen Dosis der Einsatzkräfte, Eintragung in das Berichtsbuch.“ Meßhelfer in Spezialschutzanzügen und mit Meßgeräten führen Messungen durch.

22.32 Uhr: Aufheulen der Sirenen, kurze Unterbrechung, dann erneutes Aufheulen, wieder Unterbrechung, Aufheulen: ABC-Alarm! Kurzes Aufhorchen der Selbstschutz-Helfer, aber keiner hat Zeit. Jeder denkt nur an seine Aufgabe; hastet weiter. Es folgt als neue Durchsage durch den Lautsprecher: „Strengstes selbstschutzmäßiges Verhalten. Selbstschutzkräfte ohne Schutzmaske Arbeiten einstellen. Behelfsatemschutz genügt nicht. Nicht eingesetzte Kräfte den Schutzraum aufsuchen!“ Der „Großbrand“ am Zuckerknupp ist erloschen. Dunkelheit nistet sich ein. Eine merkliche Kälte streicht über die schweißnasse Haut.

Die Meldungen im Schutzraum der örtlichen Luftschutzleitung kommen nur noch spärlich und sprechen von Feuer unter Kontrolle; „Verletzte“ geborgen und versorgt; Maschinen und Geräte entstrahlt. Die Helfer sammeln ihre Geräte ein, stehen in Gruppen umher. Sie sind etwas müde und froh. Da schießt zischend ein Strahl in den nächtlichen Himmel, verharrt einen Augenblick, um dann krachend in einem



Freiwillige Helferinnen konnten ihre erlernten Kenntnisse in der „Ersten Hilfe“ demonstrieren (oben). Eine kräftige Mahlzeit wurde ausgegeben und belohnte die Selbstschutzkräfte für das gute Gelingen der Zivilschutzübung.

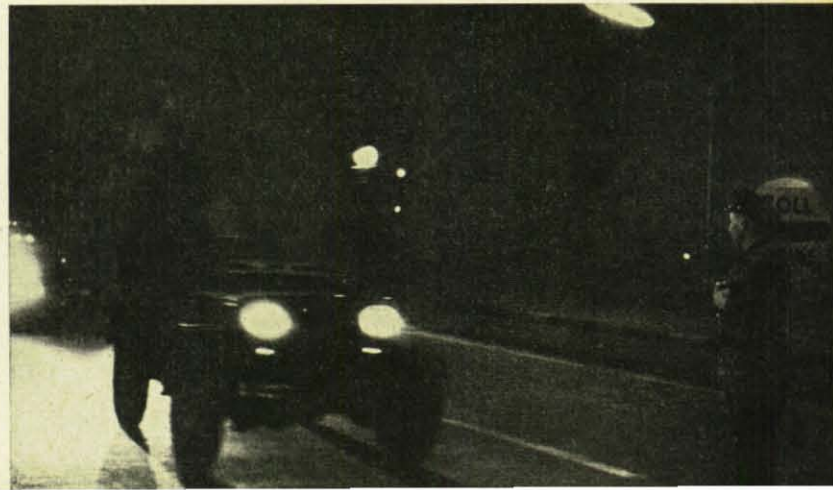


grünen Funkenregen zu ersterben. Das bedeutet: Schluß der Übung! Zu Haufen stehen die Bürger von Perl diskutierend auf den nächtlichen Straßen; noch benommen von den Erlebnissen der vergangenen drei Stunden.

Im Vereinshaus sitzen die Helferinnen und Helfer von dieserseits und jenseits der Grenze zusammen, vor dampfenden Schüsseln mit kräftiger Suppe. Der Leiter der BLSV-Landesstelle Saarland, Freiherr von Leoprechting, begrüßte hier unter den Anwesenden Seine Königliche Hoheit Prinz Charles von Luxemburg sowie den Direktor der Luxemburger Protection Civile, Major Max Brahms, und das Geschäftsführende Vorstandsmitglied des Bundesluftschutzverbandes, Leitenden Regierungsdirektor Wolfgang Fritze. Dann stellte er in einer kurzen Ansprache fest, die Übung habe bewiesen, daß es auch auf dem Gebiete des Zivilschutzes echte Nachbarschaftshilfe zwischen der Bundesrepublik und Luxemburg gebe. Wörtlich fuhr der Landesstellenleiter fort: „Not und Gefahr kennen keine Landesgrenzen. Im Katastrophenfall genügt aber das Helfenwollen nicht. Es ist deshalb wichtig, das Helfenkönnen rechtzeitig zu üben.“



Scheinwerferlicht erleichterte die Arbeiten der Brandschutz- und Rettungshelfer. Der Schlagbaum war während der Nachtübung für die aus Luxemburg heran-

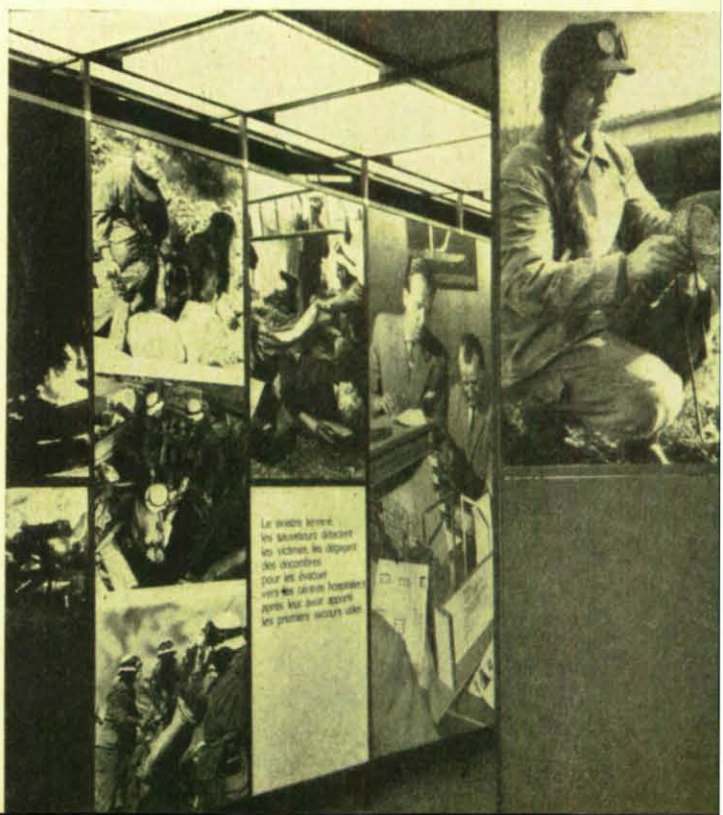


Schutz dem Leben

Erste internationale
Fachausstellung
Brand- und Katastrophen-
schutz in Nancy
vom 3. bis 14. Juni 1964

Es müssen nicht immer Staatsbesuche sein, die mit starkem Widerhall in der Öffentlichkeit Freundschaft und Einigkeit proklamieren, um so politische Erfolge zu unterstreichen. Es sind oft weniger spektakuläre Vorgänge, die von erfolgreichen Einigungsbestrebungen Zeugnis geben und dadurch große Bedeutung erlangen. Ein solches, in der deutschen Öffentlichkeit kaum beachtetes Ereignis war die Beteiligung des Bundesluftschutzverbandes (BLSV) an der 1. Internationalen Fachausstellung Brand- und Katastrophenschutz in Nancy (Frankreich). Sie weist auf den beachtlichen Stand der deutsch-französischen Freundschaftsbeziehungen hin und kündigt Möglichkeiten einer Zusammenarbeit auf einem Gebiete an, auf dem bisher zwar rege Kontakte bestanden, aber noch keine echte Zusammenarbeit im großen Umfang.

Der Gedanke der deutschen Beteiligung an dieser Ausstellung stammte aus dem französischen Innenministerium. Man steht dort seit einigen Jahren vor der Notwendigkeit, einen gut funktionierenden Zivilschutz aufzubauen. Gut funktionierend, das bedeutet hier das Vorhandensein freiwilliger Selbstschutzkräfte und des dazugehörigen Gerätes in ausreichendem Maße. Ist der Zivilschutz schon in der Bundesrepublik ein vielschichtiges Problem, so sind die Schwierigkeiten in Frankreich noch viel größer. Der „Selbstschutz“ ist in Frankreich praktisch unbekannt, und die „Protection Civile“, wie die Franzosen den Zivilschutz nennen, liegt fast ausschließlich in der Hand berufsmäßiger Organisationen, insbesondere der Feuerwehr, die dem Innenminister untersteht. Dieser Weg kann natürlich nicht weiter verfolgt werden. Neue Wege werden gesucht. Es lag also nahe, den Bundesluftschutzverband zunächst einmal einzuladen, um seine Arbeit und seine Leistungen der französischen Fachwelt vorzustellen. Praktische Vorfürungen eines deutschen Selbst-



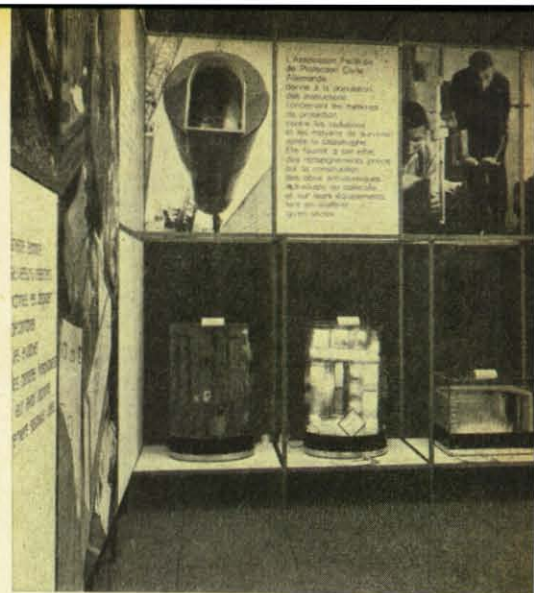
schutzzuges sollten das Bild abrunden. Da dies nicht die ersten Kontakte waren und man die Anliegen der Franzosen kannte, nahm der Bundesluftschutzverband (BLSV) diese Einladung gerne an.

Das erste öffentliche Auftreten des Bundesluftschutzverbandes im Ausland mußte sehr sorgfältig vorbereitet werden. So wurden Untersuchungen vorgenommen über die Einstellung des französischen Volkes zum Zivilschutz, über die Probleme, die aus französischer Sicht von Interesse sein könnten, über die stilistische Ausführung des Standes, über dessen Größe und letztlich über den Umfang des auszustellenden Materials. Mit Unterstützung der Landesstelle Saarland konnte termingerecht ein Stand von 126 m² eröffnet werden, der an einem sehr günstigen Platz innerhalb der Ehrenhalle in einer weniger aufdringlichen als eindringlichen Weise über die Tätigkeit und die Aufgaben des BLSV berichtete, ohne den Besucher mit Informationen zu erdrücken. Die Ausrüstung eines Selbstschutzzuges, Schutzraummodelle, eine Tonbildschau und Filme unterstützten die Wirkung der großen Bilder und Graphiken. In deutscher Fassung wird diese Ausstellung dann künftig dem BLSV als stationäre Werbeausstellung dienen. Am 4. Juni eröffnete der französische Finanz- und Wirtschaftsminister Giscard d'Estaing die Internationale Messe von Nancy, in deren Rahmen die Katastrophenschutz-Ausstellung stattfand. Bei einem Rundgang über das Messegelände besuchte der Minister auch den Stand des Bundesluftschutzverbandes, von dem er sich sehr beeindruckt zeigte. Die feierliche Eröffnung der Fachaussstellung selbst wurde jedoch erst drei Tage später durch den französischen Innenminister Roger Frey vorgenommen. Dieser Eröffnungstag stand im Zeichen der Feuerwehren. Es gab farbenprächtige Feuerwehrparaden, Vorführungen und Empfänge, zu denen auch die Vertreter des BLSV eingela-

den waren. Es trafen sich hier Zivilschutzdelegationen und Feuerwehren aus mehreren Nationen mit ihren französischen Kollegen. Bestehende Kontakte wurden vertieft, neue Kontakte geschaffen. In einer Ansprache wies der französische Innenminister auf das gute Einvernehmen zwischen den Leitern des deutschen und französischen Zivilschutzes hin, das ein Symptom für die künftige gute Zusammenarbeit im Zivilschutz darstelle. Ähnlich äußerte sich der Oberbürgermeister der Stadt Nancy und der Leiter des französischen Zivilschutzes. Bei seiner Besichtigung des Messegeländes besuchte Innenminister Frey auch den Stand des BLSV. Er ließ sich vom Geschäftsführenden Vorstandsmitglied des BLSV, Ltd. Reg.-Dir. Fritze, eingehend über die Arbeit des Verbandes unterrichten und stellte fest, daß man in Frankreich noch längst nicht so weit sei, was den Aufbau des Selbstschutzes angeht. Die Feuerwehr- und Zivilschutzfachleute in seiner Begleitung interessierten sich besonders für die TS 2/5 und die ausgestellten Schutzraummodelle.

Im Verlaufe des Nachmittags führten die Feuerwehren aus Nancy, Lörrach, Karlsruhe und Esch-Alzette (Luxemburg) im Ehrenhof des Messegeländes einen Wettbewerb durch, der auch den Umgang mit radioaktivem Material vorsah. Die Feuerwehr von Karlsruhe tat sich in diesen Übungen besonders hervor und wurde Sieger.

Der Montag war zum „Tag des Zivilschutzes“ erklärt worden. Außer einer Reihe von Vorträgen standen französische und deutsche Zivilschutzübungen auf dem Programm. Ein Selbstschutzzug aus St. Wendel/Saar, der anlässlich der Bundeswettkämpfe der Selbstschutzzüge in Hamburg den vierten Platz belegt hatte, führte dem französischen Publikum die Hamburger Wettkampfübungen vor. Die Helfer des Selbstschutzzuges waren natürlich außerordentlich ehrgeizig und hätten den „Lauterern“, den ersten Siegern



Die Modelle von Schutzräumen und deren Inneneinrichtungen (oben) waren die besonderen Anziehungspunkte des BLSV-Standes. Unten: Moderne französische Feuerlöschgeräte verschiedener Typen für alle Arten der Brandbekämpfung waren zu sehen.



Die untere Bildreihe vermittelt einen Eindruck von der werbewirksamen Gestaltung des BLSV-Standes in Nancy. Großflächige Fotos, Modelle und Geräte, alles mit französischem Text, spiegelten die deutsche Konzeption des Zivilschutzes prägnant wider.



IN LA CAMPAGNE
 protection préventive de la ferme
 en dépendent. Les mesures
 stent à surveiller les déficiences
 de chauffage et d'électricité,
 combustibles, les lieux de rangement
 is amoncellements de pousseries
 produits agricoles spontanément
 indispensable d'établir des "secteurs
 susceptibles d'enfermer le feu dans
 à l'extérieur ou de terrain pour éviter
 et concentrer le feu
 ont été établis par découpage à l'aide
 urets ou artificiels des surfaces ou
 t supposent une organisation
 ux d'habitation, de travail



Oben von links nach rechts: Blick auf den Stand der französischen Protection Civile: im Vordergrund eine Wasserkanone. Französischer Besuch, darunter auch vom Innenminister Roger Frey (Bild rechts Mitte), auf dem BLSV-Stand. Links: Besucher im Gelände.



Mitte rechts: Lt. Reg.-Dir. Fritze (BLSV) und Major Brahm (Luxemb. Protection Civile) im Gespräch mit Männern eines deutschen Selbstschutzzuges. Darunter: Innenminister Roger Frey bedankt sich beim Stabskapellmeister der Feuerwehren für die Konzertdarbietungen. Links: Ausländische Zivilschutzexperten zählten zu den Interessierten Besuchern des BLSV-Standes.





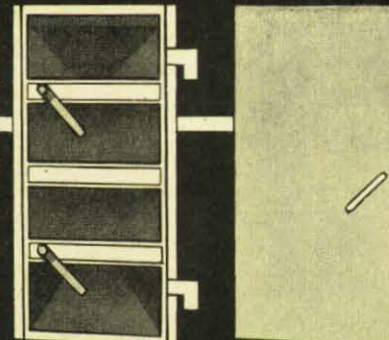
Das gute Einvernehmen zwischen den ausländischen und deutschen Zivilschutzangehörigen wird auf den obigen Schnappschüssen deutlich. Rechts: Im Vordergrund links sieht man den Chefredakteur unserer Zeitschrift „Ziviler Bevölkerungsschutz ZB“, BLSV-Referent Fried. Walter Dinger, im Gespräch mit einer Delegation des britischen Civil Defense.

von Hamburg, gerne gezeigt, daß man es doch noch besser kann. Aber Freiherr von Leoprechting, der zuständige Landesstellenleiter, wie auch Herr Bouillon, der Führer des Selbstschutzzuges, legten mehr Wert auf Können als auf Geschwindigkeit. Das Publikum besaß ja keine Stoppuhr. Dennoch wurden hervorragende Zeiten erreicht, die in Hamburg vielleicht einen „goldenen Lorbeer“ wert gewesen wären. Hier aber genügte den Männern um Herrn Bouillon der spontane Beifall des fachmännischen Publikums. Es wurde von französischer Seite sogar eine Wiederholung am Nachmittag vorgeschlagen, die dann ähnlich verlief. Hier stand sie jedoch bald im Schatten der „Protection Civile“, die mit schwerem Gerät und einem Hubschrauber eine Rettungsschau bot, bei der die „Fußgänger“ eines Selbstschutzzuges natürlich nicht mitbieten konnten. Aber die Franzosen wissen das sehr genau. Ihre Sorge betrifft nicht das schwere Gerät, sondern es mangelt ihnen noch hinsichtlich eines

gut funktionierenden Selbstschutzes! Und unsere französischen Nachbarn denken klar genug, um anzuerkennen, daß in der Bundesrepublik auf diesem Gebiete schon Probleme gelöst sind, vor denen man in Frankreich noch steht.

Den Abschluß des Tages bildete eine eindrucksvolle Ehrung der freiwilligen Helfer auf dem BLSV-Stand. Ltd. Reg.-Dir. Fritze, Major Brahms, der Chef des luxemburgischen Zivilschutzes, und BLSV-Landesstellenleiter Frhr. v. Leoprechting dankten den Helfern für ihre gelungenen Vorführungen mit anerkennenden Worten. Es wurde von der Möglichkeit gesprochen, später einmal auch anlässlich einer Ausstellung in Paris im noch größeren Rahmen den BLSV würdig zu vertreten. Im Anschluß an die Ehrung wurde den Männern je eine Flasche Lothringer Mirabell zum Andenken überreicht. Es darf aber angenommen werden, daß die Erinnerungen an Nancy nicht so kurzlebig sind wie der Inhalt dieser Flaschen.

Wo liegt nun der Erfolg dieses ersten Auftretens des BLSV im Ausland? Ist die Arbeit des BLSV gefördert und ist die Arbeit des französischen „Protection Civile“ tatsächlich unterstützt worden? Oder war alles in Nancy nur eine Schau? Sicherlich war es mehr als eine Schau. Das französische Publikum, das den Stand besuchte, erhielt Druckschriften, die in französischer Sprache Näheres über den BLSV mitteilten. Keine Frage ist, daß das Publikum und besonders aber die „Offiziellen“, seien es nun Franzosen, Luxemburger, Dänen, Engländer oder sogar Japaner, wertvolle Informationen auf dieser Ausstellung sammelten. Darüber hinaus bot die Beteiligung des BLSV an dieser Ausstellung Gelegenheit zu einem zwanglosen internationalen Meinungsaustausch. Es läßt sich ohne Übertreibung feststellen, daß sich die Zivilschutzorganisationen Frankreichs und Deutschlands für die zukünftige Zusammenarbeit stark engagiert haben, denn Hilfe kennt keine Ländergrenzen. R. M.



Schwarze

Schutzraumabschlüsse

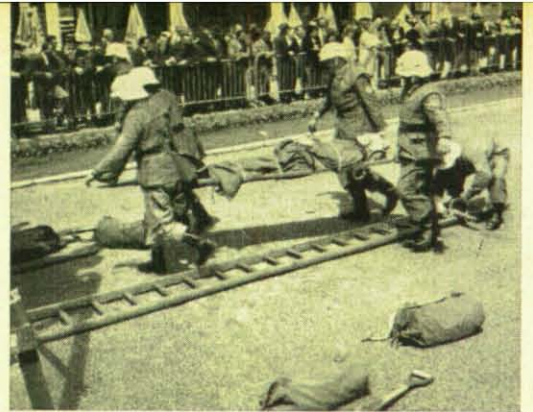
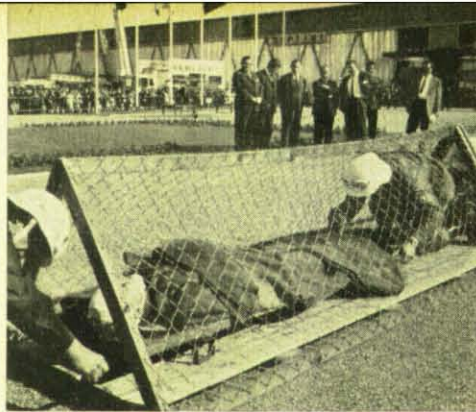
Stahl-Drucktüren und -klappen
(10 atu und 3 atu)

Stahl-Schutzraumtüren u. -klappen
(gasdicht, feuerhemmend bzw. feuerbeständig)

amtlich geprüft und zugelassen

DEUTSCHE METALLTÜREN-WERKE AUG. SCHWARZE AG. BRACKWEDE i. W.

Post: 4801 Quelle



Obere Reihe und links: Die Brand- und Katastrophenschutz-Ausstellung wurde eröffnet mit einem Feuerwehr-Wettbewerb, aus dem die Karlsruher Feuerwehrmänner (unser Bild) als Sieger hervorgingen. Die anschließenden Bilder zeigen einen Selbstschutzzug aus St. Wendel/Saar bei seiner Vorführung am „Tag des Zivilschutzes“. Das französische Publikum, das den freiwilligen Selbstschutz bisher nicht kennt, applaudierte lebhaft.



Die Feuerwehren des Departements Meurthe et Moselle, dessen Hauptstadt Nancy ist, veranstalteten als Träger des Zivilschutzes in Frankreich am Eröffnungstage eine große Parade. Mit farbenprächtigen Uniformen, blitzenden Helmen und historischen Fahnen zogen diese Männer unter fröhlichem Hörnerklang an Innenminister Roger Frey (oben vierter von links) und Präfekt Raoul, Direktor des Nationalen Zivilschutzdienstes in Frankreich, der neben Ltd. Reg.-Dir. Fritze (BLSV) steht, im Gleichschritt vorbei.



Auch der Direktor der französischen Nationalen Zivilschutz-Schule, Präfekt Vidal (oben rechts), fand Worte der Anerkennung für die BLSV-Schau.

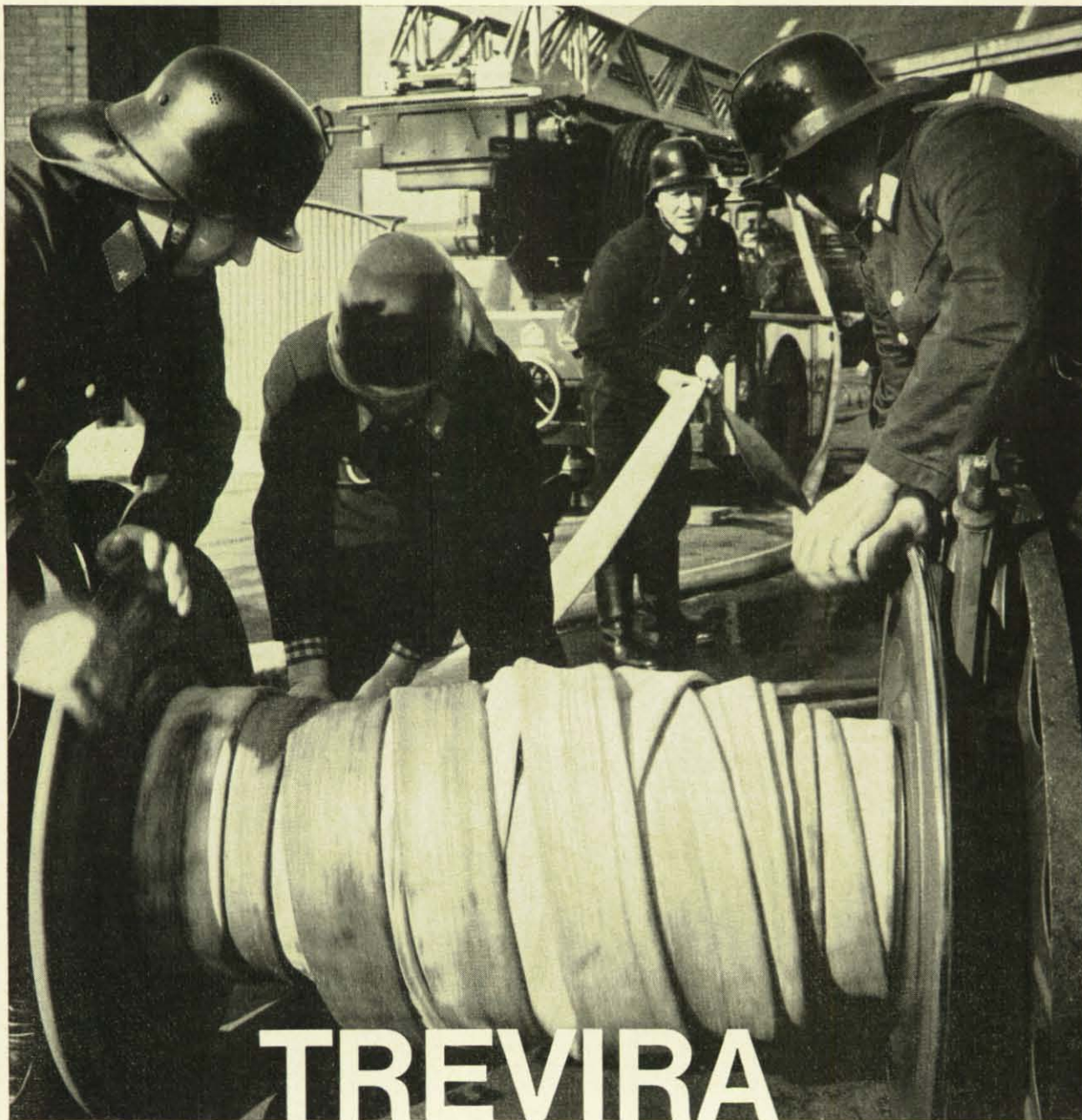


Der TREVIRA-Schlauch ist immer einsatzbereit



Die hohe Druckfestigkeit, die völlige Verrottungsbeständigkeit und das neutrale Verhalten gegenüber sauren Chemikalien verleihen dem TREVIRA-Schlauch bei minimalem Wartungs- und Pflegeaufwand eine nahezu unbegrenzte Lebensdauer. Hinzu kommen: gute Flexibilität, geringes Gewicht und kaum meßbare Dehnung selbst bei stärkster Beanspruchung sowie geringer Raumanspruch. — Diese guten Eigenschaften verdankt der Schlauch seinem enorm strapazierbaren Gewebe aus TREVIRA-hochfest®.

Es kann sein, daß Sie bei der normalen Brandbekämpfung mit den herkömmlichen Naturfaser-Schläuchen auskamen. Aber wissen Sie, wo es morgen brennt, welche besonderen Schwierigkeiten dann plötzlich auftauchen können? Darum



TREVIRA

Schläuche — denn sicher ist sicher!

Auskünfte durch den TREVIRA-DIENST TT 80 der Farbwerke Hoechst AG, 623 Frankfurt (M)-Hoechst

NOTSTANDSRECHT UND ÖFFENTLICHKEIT

In der Zeit vom 8. bis 10. Mai 1964 war die Evangelische Akademie in Bad Boll Tagungsort für Politiker, Publizisten, Vertreter des Bundesinnenministeriums und anderer interessierter Persönlichkeiten. Zur Diskussion standen einmal die Grundprobleme einer Verfassungsänderung für den Notstandsfall, zum anderen die Möglichkeiten, durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit jeden Staatsbürger an der geplanten Gesetzgebung aktiven Anteil nehmen zu lassen. Diese Anteilnahme ist notwendig, denn die bisherige Diskussion in der Öffentlichkeit läßt erkennen, daß man sich in weiten Kreisen noch nicht darüber im klaren ist, in welchem Maße die Lösung dieses Problems eine Schicksalsfrage für uns alle ist.

Der weitaus größte Teil der Tagungsteilnehmer vertrat die Auffassung, daß die in der Bundesrepublik geltenden Gesetze nicht ausreichen, um einem nationalen Notstand wirkungsvoll zu begegnen, daß unter den bestehenden Voraussetzungen moderner Waffenwirkung ein Angriff auf unser Land zu einem unvorstellbaren Chaos führen muß, wenn nicht bereits in Friedenszeiten die im Rahmen des Möglichen liegenden Vorsorgemaßnahmen getroffen werden. Gehört es doch bei der Vorsorge auf dem Sektor Zivilverteidigung einzig und allein darum, durch die Schaffung von Schutzmöglichkeiten, den Aufbau von Hilfsorganisationen, das Anlegen von Vorräten verschiedenster Art und durch die Erhaltung von Verwaltung und Organisationen im großen Umfang Menschenleben zu erhalten. Nur so werden erst einmal die Voraussetzungen geschaffen, daß überhaupt etwas vorhanden ist, was verteidigt werden kann. Dieser Einsicht würde sich die Bevölkerung unseres Landes auch nicht mehr verschließen. Mit dieser Feststellung begann auch Staatssekretär Dr. Hans Schäfer, Bonn, sein Referat. Er sagte:

„In der öffentlichen Diskussion über die Frage, ob eine Vorsorge für den Notstandsfall erforderlich sei, ist in letzter Zeit ein bemerkenswerter Wandel zu verzeichnen. Es ist noch gar nicht lange her, daß pflegte das Wort ‚Notstandsrecht‘ auf allgemeines Unverständnis, zum Teil sogar auf entschiedene Ablehnung zu stoßen. Wo sich mit dem Begriff ‚Notstand‘ überhaupt eine Empfindung verband, war es die des Unbehagens und des Mißtrauens.“

Ein erster Weckruf war wohl die Ungarn-Krise des Jahres 1956. Dabei war die Spannungslage, die durch den Volksaufstand in Ungarn ausgelöst wurde,

keineswegs die erste Krise seit dem Ende des zweiten Weltkrieges, von der die Bundesrepublik berührt war. Ihr waren bereits die Berlin-Blockade, der Korea-Krieg und der Volksaufstand am 17. Juni 1953 vorausgegangen. Aber noch in keiner dieser vorangegangenen Gefahrensituationen vollzog sich so rasch der Übergang von einer scheinbar gesicherten Lage, wie sie die meisten Bürger der Bundesrepublik erkennen zu können glaubten, zu der riesenhaft aufsteigenden Gefahr einer bewaffneten Auseinandersetzung. Damals wurde in manchem Bürger, auch nachdem der Druck der Bedrohung wieder gewichen war, die bange Frage wach: Was wäre geschehen, wenn...? Lassen wir hier die militärischen Maßnahmen einmal außer Betracht, die einer integralen Planung der NATO-Verbündeten obliegen! Denken wir nur an die Ordnung des zivilen Bereichs in unserem Lande. Hätte unsere staatliche Ordnung einer ersten Belastungsprobe standhalten können? Hätte hier wirklich die Situation gemeistert werden können, wenn eine weitere Verschärfung der Krise etwa eine Panik der Bevölkerung erzeugt hätte? Schon der August 1961 stellte uns erneut vor eine ernste Krisensituation, als in Berlin die Mauer errichtet wurde. Und der November 1962 brachte uns und die ganze nördliche Erdhälfte mit der Kubakrise so plötzlich und so jäh an den Rand des Krieges, wie wir es seit 1945 noch nie erlebt hatten. In uns allen ist noch die Erinnerung an jenes düstere Wochenende lebendig, in dessen lähmender Stille man gleichsam das Ticken der Uhren vernahm, die den Ablauf der Frist des Ultimatum von Präsident Kennedy an die Sowjet-Union anzeigten.

Diese Ereignisse haben mit schonungsloser Deutlichkeit gezeigt, daß wir das Ziel einer dauernden Sicherung des Friedens, und sei es die einer ‚Pax atomica‘, noch nicht erreicht haben. Im Gegenteil hat sich erwiesen, daß die Beziehungen zwischen der Atlantischen Gemeinschaft und dem Sowjetblock trotz aller Bemühungen der Staatsmänner, einen Modus vivendi zwischen Ost und West, eine erträgliche Formel der Entspannung oder der Koexistenz zu finden, noch immer labil und fragil sind.

Daran hat sich, wie ich meinen möchte, bis zur Stunde noch nichts Wesentliches geändert.“

Staatssekretär Dr. Schäfer würdigte die Erfolge der Gipfelkonferenzen, der permanenten Abrüstungskonferenz, das Atomversuchsstopp-Abkommen und die

Produktionssenkung von Uran und Plutonium, forderte aber, unsere gegenwärtige Lage, die er ausführlich umriß, ohne Selbsttäuschung zu sehen.

„Wir können nicht abwarten und uns damit beruhigen, in einer Stunde X sei es noch früh genug, die unvermeidlichen Maßnahmen nach dem Gebot der Stunde zu treffen. Es könnte nur zu leicht eintreten, daß es dann zu spät ist.“

Ob wir uns also gegen die Erkenntnis sträuben oder nicht: Unsere Position bleibt gefährdet.“

Dann befaßte sich der Staatssekretär mit den Argumenten, die von den Gegnern der Notstandsverfassung vorgebracht werden und sich in einem Satz zusammenfassen lassen: „Im Ernstfall eine Farce, in einer Krise eine Gefahr für die Demokratie.“ Dann analysierte er mit großer Nüchternheit die Gefahrensituationen, mit denen die Bundesrepublik zu rechnen hat. Allein diese Erwägungen sollten jedermann davon überzeugen, daß die Vorsorge für einen Schutz der Zivilbevölkerung keineswegs sinnlos ist.

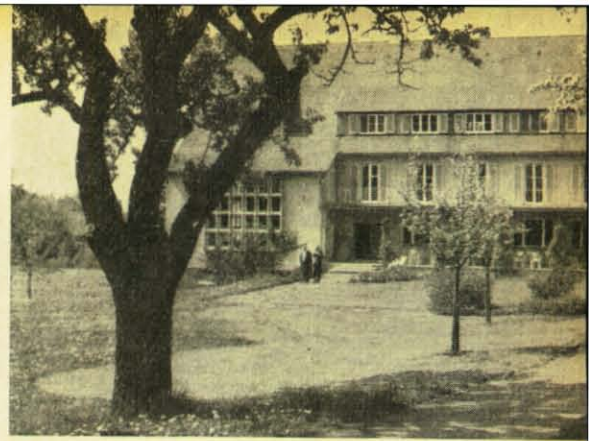
Zur Frage, was bereits unter dem geltenden Verfassungsrecht getan werden könnte, äußerte sich Staatssekretär Dr. Schäfer wie folgt:

„Die Bundesregierung mußte im Rahmen der Planungen für die Zivilverteidigung zunächst darüber Klarheit gewinnen, welche der erforderlichen Maßnahmen im Rahmen der geltenden grundgesetzlichen Ordnung getroffen werden konnten.“

Vieles kann veranlaßt werden, was in der organisatorischen Vorbereitung die Rechte des Staatsbürgers nicht berührt und deshalb, von der Bereitstellung der Mittel im Haushalt abgesehen, nicht unbedingt einer gesetzlichen Ermächtigung bedarf. Hier ist in den letzten Jahren viel geschehen, weitaus mehr, als einer breiteren Öffentlichkeit bewußt ist. Ich nenne hier nur die Vorratslager für Lebensmittel und ärztliches Gerät, den Bau von Ausweich- und Hilfskrankenhäusern und die Errichtung von sogenannten Mehrzweckanlagen, also z. B. zu Schutzräumen ausgebaute Tiefgaragen.“

Aber der Einsatz von Geld und Material ist nicht alles. Die Probleme eines Notstandes sind ohne die Bereitschaft zu persönlichem Einsatz nicht zu bewältigen. Eine verantwortlich handelnde Regierung kann daher nicht davon ausgehen, daß im Ernstfall alle Schwierigkeiten durch freiwillige Selbstdisziplin gemeistert werden können. Das hieße doch wohl die Fähigkeit der Einsicht in die komplexen Daseinsvoraussetzungen un-

Diskussion in Bad Boll über die Grundprobleme einer Verfassungsänderung für den Notstandsfall



Blick auf die Evang. Akademie in Bad Boll

serer Staatsordnung und vor allem auch die Kraft des Gemeinsinns zu sehr überschätzen.

Die Bundesregierung hat deshalb geprüft, welche gesetzlichen Vorkehrungen zur Regelung der Rechte und Pflichten des einzelnen im Notstandsfall auf der Grundlage des geltenden Verfassungsrechts getroffen werden können. Als Ergebnis dieser Prüfung hat sie den gesetzgebenden Körperschaften die Entwürfe der sogenannten einfachen Notstandsgesetze vorgelegt. Es sind dies, und ich will mich hier im wesentlichen auf eine Aufzählung beschränken:

1. Die sogenannten Sicherstellungsgesetze. Sie sehen Ermächtigungen der Bundesregierung vor, durch Rechtsverordnungen von befristeter Geltungsdauer wirtschaftslenkende Maßnahmen auf den Gebieten der gewerblichen Wirtschaft sowie des Geld- und Kapitalverkehrs (Wirtschaftssicherstellungsgesetz), der Ernährung-, Land-, Forst- und Holzwirtschaft (Ernährungssicherstellungsgesetz) sowie des Verkehrs (Verkehrssicherstellungsgesetz) zu treffen, damit im Notstandsfall, verursacht durch einen feindlichen Angriff oder eine Versorgungskrise (etwa auf Grund einer Naturkatastrophe), die Versorgung der Zivilbevölkerung und der Streitkräfte sichergestellt werden können. Ähnlichen Zwecken dient auch das Wassersicherstellungsgesetz, das die wasserwirtschaftliche Versorgung der Zivilbevölkerung und der Streitkräfte im Verteidigungsfall gewährleisten soll. Ähnlich wie das Verkehrssicherstellungsgesetz sieht auch das Wassersicherstellungsgesetz die Möglichkeit vor, daß die Inhaber dafür in Betracht kommender Versorgungsanlagen bereits in Friedenszeiten die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen haben.

2. Dem Schutz der Zivilbevölkerung vor unmittelbarer Bedrohung durch Kriegsereignisse dient eine weitere Gruppe von Gesetzen, nämlich: das Aufenthaltsregelungsgesetz, wonach im Verteidigungs- und im Spannungsfall der Aufenthaltswechsel von einer behördlichen Genehmigung abhängig gemacht, umgekehrt aber auch behördlich angeordnet werden kann (Verlegung). Weiter das Schutzbaugesetz, das den Bau von Schutzräumen in privaten und öffentlichen Bauten vorsieht, das Selbstschutzgesetz, das gewisse Verpflichtungen der Zivilbevölkerung zum Selbstschutz fordert, und das Gesetz über das Zivilschutzkorps und den Zivilschutzdienst, das auf der Grundlage einer Dienstpflicht Einsatzverbände als ‚Zivilschutz-

dienst‘ in den kreisfreien Städten und den Landkreisen sowie das überörtliche mobile ‚Zivilschutzkorps‘ in den Ländern im Auftrage des Bundes einrichten soll. Schließlich das Erkennungsmarkengesetz, das bei Kindern unter 12 Jahren die Feststellung zur Person erleichtern soll, wenn sie etwa durch kriegerische Ereignisse von ihren Familien getrennt werden sollten.

3. Daß im Verteidigungsfall nicht nur die Bundeswehr, sondern auch die öffentliche Verwaltung und die — zwangsläufig — gelenkte Wirtschaft einen großen Personalbedarf haben, liegt ebenso auf der Hand wie die Unvermeidlichkeit, daß es nicht mehr dem freien Belieben des einzelnen überlassen bleiben kann, an welcher Stelle er sich an den Verteidigungsanstrengungen unseres Volkes beteiligt. Lenkungsmaßnahmen sind mithin auch auf dem Gebiet der Personalwirtschaft unentbehrlich. Die notwendigen Vorkehrungen hierfür soll das Zivildienstgesetz treffen, das die Grundlage bildet für Dienstverpflichtungen zur Erfüllung lebens- und verteidigungswichtiger Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, der Streitkräfte (jedoch mit Ausnahme der militärischen Dienstleistungen), der Zivilschutzeinheiten (z. B. das soeben erwähnte Zivilschutzkorps) und endlich der privaten Wirtschaft, soweit diese im Dienste der Verteidigung steht.

Mit diesen für den Aufbau der Zivilverteidigung und nicht zuletzt auch der militärischen Verteidigung erforderlichen Gesetzen hat die Bundesregierung dem Parlament vorgeschlagen, wie ich bereits erwähnte, den Ermessensbereich, den die geltende Grundgesetzordnung dem Bundesgesetzgeber eröffnet, soweit wie möglich auszuschöpfen, um nicht ohne Not das Grundgesetz zu ändern.“

Dann behandelte der Staatssekretär das Thema „Friedensverfassungsrecht und Notstand“ und stellte fest, daß die auf normale Verhältnisse ausgerichteten Bestimmungen des Grundgesetzes nicht geeignet sind, Notstandssituationen zu meistern. Alle im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien seien sich heute darüber einig, daß das Grundgesetz geändert werden müsse, um eine ausreichende Vorsorge für den Notstandsfall zu schaffen. Diese Grundgesetzänderung sei auch deshalb erforderlich, damit der Notstandsvorbehalt der Alliierten abgelöst werden könne. Die Bundesregierung sei sich von Anfang an darüber klar gewesen, daß eine knappe Generalklausel nach der Art des Artikels 48 der Weimarer Reichsverfassung hierzu nicht ge-

eignet sei. Dieser Artikel ermächtigte bekanntlich den Reichspräsidenten, bei einer erheblichen Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Deutschen Reich, die zur Wiederherstellung der zur öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen zu treffen und erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einzuschreiten.

Staatssekretär Dr. Schäfer erläuterte dann die Grundzüge der geplanten Verfassungsänderung und legte dar, welche Änderungen gegenüber den in Normalzeiten geltenden Verfassungsgrundsätzen sich ergeben bezüglich des Prinzips der Gewaltenteilung, des Verhältnisses zwischen Bund und Ländern und des Verhältnisses zwischen Staatsgewalt und Staatsbürger.

„Eine Vorsorge für den Notstandsfall muß“, so hob der Staatssekretär hervor, „gerade beim heutigen Stande der Kriegstechnik auch mit dem Äußersten rechnen, nämlich damit, daß etwa bei einem völlig unerwarteten Überraschungsangriff auf die Bundesrepublik auch der ‚Notstandsausschuß‘ oder das ‚Notparlament‘ nicht mehr in der Lage sein könnte, die Funktionen der Legislative zu übernehmen. Dann wäre ein Festhalten an der traditionellen Abgrenzung der Kompetenzen von Parlament und Exekutive nicht mehr zu verantworten. Hinsichtlich der Feststellung

Bei der Bundeshauptstelle des Bundesluftschutzverbandes, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts, in Köln ist im Referat für Ausbildungswesen die Stelle

eines Sachbearbeiters

zu besetzen.

Anforderungen:

Gute Kenntnisse des Ausbildungswesens des Bundesluftschutzverbandes und praktische Erfahrungen in der Ausarbeitung von Ausbildungsunterlagen aller Art. Erwünscht sind: Lehrberechtigung im Bundesluftschutzverband, gute Verwaltungskennntnisse und längere Tätigkeit im Bundesluftschutzverband.

Geboten wird:

Vergütung nach Vergütungsgruppe Vb BAT. Bewerbungen mit ausgefülltem Personalbogen, handgeschriebenem Lebenslauf, Paßbild und je einer beglaubigten Abschrift bzw. beglaubigten Ablichtung vorhandener Zeugnisse werden **unter Angabe der Kennziffer 3 bis zum 15. 9. 1964** erbeten an den

Bundesluftschutzverband
— Bundeshauptstelle —
Köln, Merlostraße 10—14

Personalbogen stehen auf Anforderung (mit Kennzifferangabe) zur Verfügung. Persönliche Vorstellung nur nach Aufforderung.



Unser Bild oben links zeigt Teilnehmer an der Tagung in der Evangelischen Akademie in Bad Boll während eines Podiumsgesprächs. Es diskutierten (v. l. n. r.): Direktor Dr. Moser, Studienleiter Dr. Böhme, Staatssekretär Dr. Schäfer, Bundestagsabgeordneter Dr. Friedrich Winter (CDU), Bundestagsabgeordneter Dr. Friedrich Karl Schäfer (SPD), Prof. Dr. Ridder, Bonn, Prof. Dr. Krüger, Hamburg, und Bundestagsabgeordneter Hermann Busse (FDP). Oben rechts: Der Leiter der Abteilung Ziviler Bevölkerungsschutz im Bundesministerium des Innern, Ministerialdirektor Hans-Arnold Thomsen, im Gespräch mit dem geschäftsführenden Vorstandsmitglied des Bundesluftschutzverbandes, Ltd. Reg.-Dr. Wolfgang Fritze. Bild links zeigt: Staatssekretär Dr. Schäfer (2. v. r.) und die teilnehmenden Vertreter aller drei Parteien des Bundestages.

des Zustandes der äußeren Gefahr kann die Befugnis dem Bundespräsidenten mit Gegenzeichnung des Bundeskanzlers übertragen werden. Hinsichtlich der sonstigen legislativen Notmaßnahmen muß die Bundesregierung das Notverordnungsrecht haben, wenn Gefahr im Verzuge steht und die Lage unabwendbar ein sofortiges Handeln notwendig macht.“

Sehr ausführlich behandelte Staatssekretär Dr. Schäfer auch die Grundrechtseinschränkungen, die Freiheit von Presse, Rundfunk und Film, das Verbot von Versammlungen und die Einschränkung der Vereinigungsfreiheit. Zum Schluß seiner Ausführungen erörterte der Staatssekretär noch eine wesentliche Frage: Welche Sicherungen sind gegen den Mißbrauch der besonderen Ermächtigungen im Notstandsfall vorgesehen? Er betonte, daß diese Sicherungen mehrfacher Art seien und sich ergänzten. Staatssekretär Dr. Schäfer schloß sein Referat mit den Worten:

„Ich habe Ihnen die Grundzüge und Probleme der vorgesehenen Ergänzung des Grundgesetzes für den Notstandsfall dargelegt. Sie werden mir zugestehen müssen, daß die vorgeschlagene Regelung zur Einhaltung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit des Mittels und zur Verhütung diktatorischer Willkür bis an die Grenze dessen gegangen ist, was bei einem ernsthaften Festhalten

an dem Zweck, unserem Volke in der Stunde der Not eine Chance des Überlebens zu erhalten, verantwortet werden kann. Jeder Vergleich mit Art. 48 der Weimarer Reichsverfassung ist abwegig.

Ich hoffe daher, daß ich Ihre Zustimmung finde, wenn ich feststelle:

Nicht wer die nach sorgfältiger Prüfung für unerlässlich befundene Regelung eines Notstandsrechts im Grundgesetz unterstützt, sondern wer diese Regelung in Bausch und Bogen verwirft, gefährdet die Lebenskraft der Demokratie. Nicht die Einfügung einer solchen Notrechtsordnung in das Grundgesetz wäre eine Farce. Eine Farce, mehr als das: unverantwortlich wäre es, würde man der politischen Bequemlichkeit zuliebe unserem Volke die Wahrheit vorenthalten, daß in unserer Verfassungsordnung eine Lücke klafft, eine Lücke, die im Ernstfall zum Verhängnis werden könnte.“

Während der anschließenden Diskussion um das Für und Wider der Notstandsgesetzgebung trat offensichtlich zutage, daß es nicht so sehr die Furcht vor neuen Pflichten und Belastungen der Bevölkerung ist, die zu Bedenken Anlaß gibt, als vielmehr die Furcht vor dem Mißbrauch der Gesetze und der möglicherweise hieraus resultierenden Beschränkung der Freiheit unserer Bürger.

Zu diesem Thema nahm dann auch der Studienleiter der Ev. Akademie, Pastor Dr. Wolfgang Böhme, in seinem Referat „Der Mensch und seine Freiheit“ Stellung. Dr. Böhme betonte, daß es ein ganz besonderes Anliegen der Tagung sei, zu prüfen, wieweit eine Notstandsgesetzgebung der Freiheit dient oder ihr schadet. Es sei einmal die Aufgabe der Gesetze, die Freiheit zu schützen und zu erhalten, darüber hinaus könnten die Gesetze das oft nur tun, indem sie die Freiheit ein Stück weit beschränken.

Wo immer Freiheit realisiert wird, würde es zu dieser Spannung kommen. Der, der die Freiheit wolle, müsse auch ein bestimmtes Risiko tragen.

In längeren Ausführungen interpretierte Studienleiter Dr. Böhme dann einen Brief, den vor vielen hundert Jahren der Apostel Paulus an die Galater richtete und der in einer sehr präzisen Weise dieses Problem anschnidet. Vom christlichen Glauben sagte Dr. Böhme, daß er einen wirklichen Fortschritt in Richtung auf die Freiheit in der Welt bewirkt habe. Doch wie ein Schatten folge der Entfaltung der Freiheit die Versuchung, sie zu mißbrauchen.

Das eigentliche Bild der Grundlage staatlichen Lebens beschrieb Dr. Böhme wie folgt: „In der Welt stehen nicht Menschen, Individuen, einander gegenüber, die unabhängig voneinander und

nach ihrem freien Willen, doch auch, wenn sie es wünschen, gegeneinander ihr Personsein entfalten könnten, sondern ob diese Individuen es wollen oder nicht wollen, sie sind miteinander in einer Beziehung, sie hängen voneinander ab, sie bilden alle zusammen ein System, in dem eines ohne das andere nicht wäre und nicht sein kann.“

Menschliche, politische und juristische Probleme beleuchteten in ihren Referaten zum Thema „Wie wird die Freiheit richtig geschützt?“ die Professoren Dr. Herbert Krüger, Hamburg, und Dr. Helmut Ridder, Bonn. Sie behandelten eine ganze Reihe von Aspekten und lieferten damit wichtige Beiträge zur Gesamtdiskussion.

Professor Dr. Krügers Ausführungen enthielten folgende interessante Passagen: „Die Frage ist: Wieviel muß ich von meiner Freiheit in dieses Gemeinwesen Staat einbringen, um soviel von Freiheit wie möglich zu behalten? Diese Frage ist im Grunde genommen schon lange beantwortet, und zwar durch die Figur des modernen Staates, der also keineswegs, wie man es auch heute noch vielfach annimmt, der Feind der Freiheit, sondern der Begründer der Freiheit ist... Wenn aber der Staat die Selbstorganisation zur Verteidigung der Freiheit ist, dann ist natürlich diese Organisation um so mehr gefeit gegen Mißbrauch, je stärker sie sich nähert der Identität von Herrschern und Beherrschten... Wenn der Staat sich selbst schützt, schützt er die Freiheit seiner Bürger, und wenn der Bürger seinen Staat schützt, so schützt er damit die Freiheit seines Staates und seine eigene... Im Grunde genommen steckt aber der Wohlstandsmensch den Kopf in den Sand und will, daß man ihm den Kopf aus dem Sand zieht. Ich habe den Eindruck, daß alle diejenigen, die sich für die Notstandsgesetzgebung verantwortlich halten, mit der undankbaren Aufgabe beschäftigt sind, dem Wohlstandsmenschen den Vogel-Strauß-Kopf aus dem Sand zu ziehen.“

Prof. Dr. Krüger schloß seine Ausführungen mit dem Goethewort: „Wenn man den Souverän einschränkt, so muß man durch Patriotismus und Aufopfer-

ung ihn übertreffen. Sie wollen, daß das Rechte geschehe, wollen aber nichts dafür tun. Der einzelne darf sich dem Staat nicht zur Wehr setzen, verhindern, daß das Rechte geschehe, wenn er nichts dafür tun will, daß es geschehe.“ Professor Dr. Ridder, Mitverfasser der von der „Vereinigung Deutscher Wissenschaftler“ herausgegebenen Broschüre „Der permanente Notstand“, vertrat in seinem Referat die Auffassung, daß schon in den „einfachen“, das heißt keiner Zweidrittelmehrheit bedürftigen Notstandsgesetzesentwürfen viele fragwürdige Bestimmungen enthalten seien. Auch seinen Worten war zu entnehmen, daß er weniger Angst davor hat, daß an die Stelle vieler Einzelgesetze und Verwaltungsanordnungen eine Art Generalklausel für den Notstand tritt, als daß er ein allzu perfektes, mögliche Notstandsfälle vorwegnehmendes Gesetz erwarte. Seine diesbezügliche Auffassung erläuterte Prof. Ridder mit politischen Überlegungen über den Grad der Festigkeit der deutschen Demokratie. Er äußerte die Befürchtung, daß angesichts einer mangelnden freiheitlich-demokratischen Instinktsicherheit in Deutschland die in vielen Einzelklauseln verborgene Generalklausel der Notstandsgesetze sich für die Freiheit gefährlich entfalten könnte.

In einem Podiumsgespräch ergriffen zunächst die Vertreter der Parteien, die Bundestagsabgeordneten Dr. Friedrich Winter (CDU), Dr. Friedrich-Karl Schäfer (SPD) und Hermann Busse (FDP) das Wort und gaben ihre grundsätzlichen Stellungnahmen ab. Dann begann das eigentliche Diskussionsgespräch, an dem außer den Vertretern der Parteien Staatssekretär Dr. Schäfer, die Professoren Krüger und Ridder sowie Studienleiter Dr. Böhme und Direktor Dr. Moser teilnahmen. In den Gesprächen wurden die Fragen behandelt, ob eine Notstandsverfassung zum gegenwärtigen Zeitpunkt notwendig sei und wie eine Notstandsgesetzgebung aussehen sollte. Bei den Gesprächen stellte es sich heraus, daß die unterschiedlichen Auffassungen vom Aussehen einer Notstandsgesetzgebung abhängig sind von der jeweiligen Vorstellung über die Geschwin-

digkeit, mit der sich eine Krise bis zum Notstand zuspitzt, oder wie schnell der Übergang vom Frieden zum Krieg stattfindet.

Alle drei Vertreter der im Bundestag vertretenen Parteien bekundeten den Wunsch, daß zumindest die Grundgesetzänderung bald verabschiedet werden kann. Es bestand in der Auffassung über die Notwendigkeit der Notstandsgesetzgebung eine interfraktionelle Harmonie, wenn auch über das Wie und darüber, inwieweit der Bundesbürger sich über die zu erwartenden Maßnahmen wirklich im klaren ist, die Auffassungen etwas auseinandergehen.

Zum Schluß der Tagung nahm Chefredakteur und Pfarrer Eberhard Stammler zu dem Thema „Öffentlichkeit und Notstandsrecht“ Stellung. Aus seinen Ausführungen war die Sorge herauszuhören, daß die Notstandsgesetzgebung zu sehr von Experten, Juristen und Politikern geformt würde, während die breite Öffentlichkeit mit dem Problem viel zuwenig vertraut gemacht worden sei. Pfarrer Stammler stellte in seinem Referat die klare Forderung nach ehrlicher Aufklärung der Bevölkerung und noch mehr Öffentlichkeitsarbeit seitens der Regierung, um weite Kreise der Bevölkerung teilhaben zu lassen an der Entwicklung der Gesetzgebung.

Studienleiter Dr. Böhme betonte in seiner Schlußansprache, der Sinn der Tagung sei gewesen, die Probleme der Notstandsgesetzgebung einmal mit Herren der Ministerien, mit den Parteien, mit Vertretern der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler, mit Publizisten und den beiden Akademien zu bedenken.

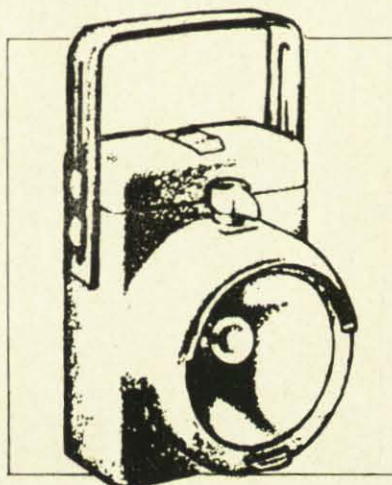
Es hätten sich während der Tagung viele einzelne Kontakte ergeben, es hätte sich auch die Möglichkeit ergeben, für diejenigen, die sonst nur publizistisch miteinander ins Gefecht kommen, die Atmosphäre zu verbessern. Im Sinne aller bliebe zu wünschen, daß auch diese Tagung mit dazu beigetragen habe, praktische Lösungen auf dem so schwierigen, aber außerordentlich wichtigen Gebiet der Notstandsgesetzgebung zu finden.

H. F.



DOMINIT

Leuchten dienen
der Sicherheit



Handleuchte im Kunststoffgehäuse

Handlich-leicht und dennoch stabil,
mit nachladbarem Stahlakkumulator.
Für Kontrollendienste, Kraftfahrzeugbesitzer
und Haushalte.
Dazu wartungsfreie Ladegeräte zum
Anschluß an alle Ströme und Spannungen.

Nähere Informationen durch
DOMINITWERKE GMBH BRILON
5798 HOPPECKE KREIS BRILON

L 63.3a

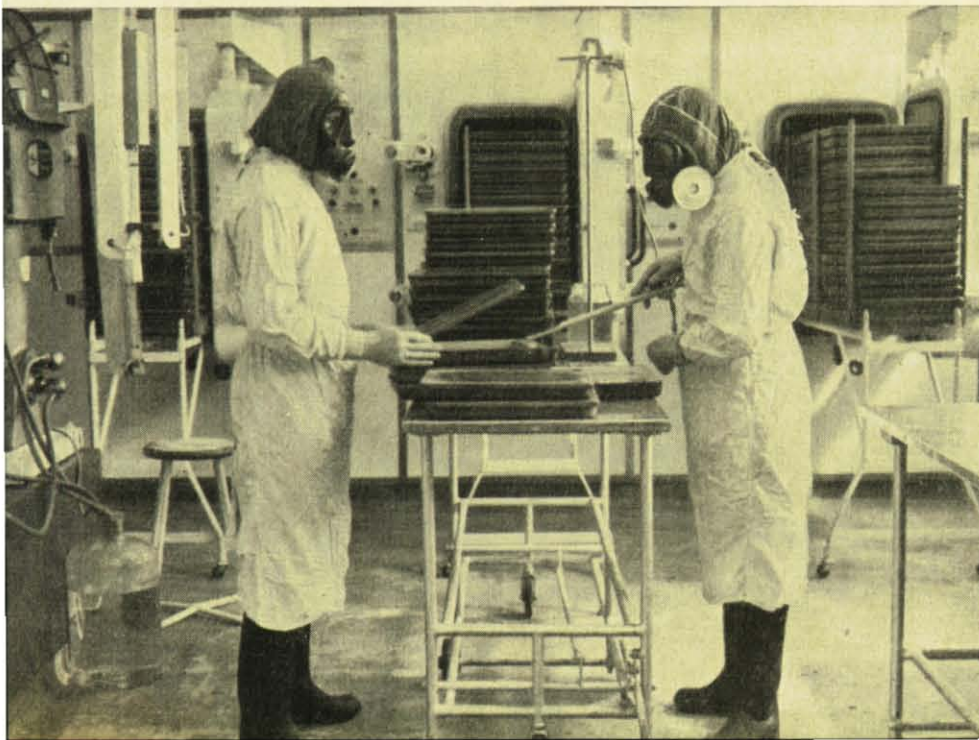


Mitte links: Unser Bild zeigt US-Piloten, die das Überleben nach einem Absprung über dem Wasser üben. Oben: Dieses Beatmungsgerät wird z. Z. in den USA von Feuerwehren und Krankenwagen mitgeführt und angewandt. Links: Ebenfalls in den USA, und zwar in Los Angeles, benutzt die Feuerwehr jetzt Rettungshubschrauber, aus denen die Mannschaften aus niedrigen Höhen ohne Fallschirm zu Rettungseinsätzen abspringen. Rechts: Kein leichtes Arbeiten haben die Wissenschaftler eines Forschungsinstituts für Mikrobiologie, die ihre Experimente nur in Schutzkleidung und mit Schutzmaske durchführen können. Rechts außen: Hier wird auf elektronischem Wege festgestellt, welcher körperlichen Belastung der Träger des Schutzanzuges ausgesetzt ist.

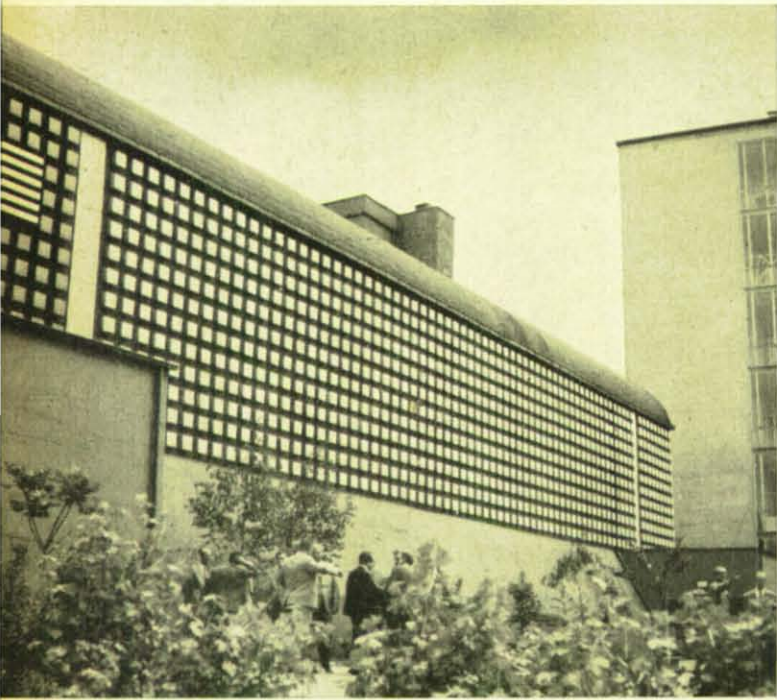
Links außen: Das von dem Graphiker H. W. Klein (2. v. l.) entworfene Plakat „Zivilschutz geht jeden an“ wurde unter die 22 besten Plakate des Jahres 1963/64 eingereicht. An der Überreichung der Ehrenurkunde durch den Präsidenten des Bundes Deutscher Gebrauchsgraphiker, Dr. Hölscher (links), nahmen teil: BLSV-Referent für Öffentlichkeitsarbeit F. W. Dinger (rechts) und Direktor Erlach von der Kölnischen Verlagsdruckerei. Daneben: Wie Claridad Pina aus Lille denken viele Franzosen. Nach ihrer Meinung befragt, sagt sie: „Solange auf der Welt gerüstet wird, muß auch für den Zivilschutz gearbeitet werden.“



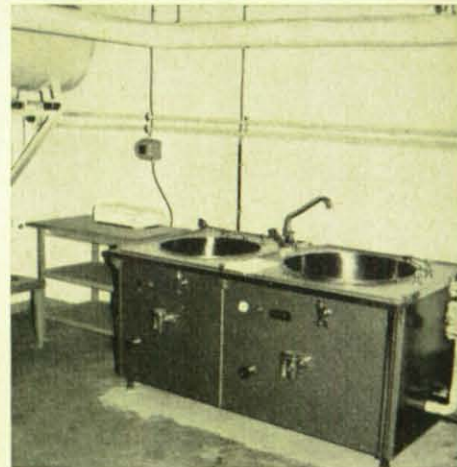
Oben: Schutzmasken für die verschiedensten Zwecke und mit den unterschiedlichsten Formgebungen, wie sie in einem britischen Institut entwickelt wurden, sollen dazu dienen, ihren Trägern vollen Schutz gegen gefährliche Beimengungen der Luft zu geben. Links: Ausbildung in der Ersten Hilfe durch einen Lehrer des Malteser Hilfsdienstes. Immer mehr Bürger unseres Landes machen von der Möglichkeit Gebrauch, sich kostenlos auf diesem wichtigen Gebiet ausbilden zu lassen.



SECHS TAGE IM »SONNENBUNKER«



Links: Außenansicht des modern verkleideten Bunkers. Oben: Ob ältere Herren (oben) oder Teenager (links), alle hatten sich freiwillig für den Test zur Verfügung gestellt. Alle Insassen wurden laufend medizinisch untersucht (Mitte links). Daneben: Das ist die Küche, in der das Essen im Wasserbad erwärmt wurde. Unten: Selbst Journalisten durften nur an die Bunkerpfote, wenn sie Bilder vom Test für die Presse liefern wollten.



Die nachstehenden zwei Artikel berichten über den Belegungsversuch im sogenannten „Sonnenbunker“ in Dortmund vom 8. bis 14. Juni 1964. Der erste Bericht schildert sachlich und nüchtern den Verlauf des Testes. Der zweite Bericht wurde von einem jungen Mädchen geschrieben, das seine subjektiven Eindrücke und Empfindungen während des Bunkeraufenthaltes wiedergibt. Beide Artikel bestätigen die Ansicht, die in vielen Presseveröffentlichungen schon zum Ausdruck kam: Der erwachsene Mensch wird anscheinend mit den Belastungen, die schwierige und heikle Situationen mit sich bringen, besser fertig als junge Menschen, denen verständlicherweise noch die gewisse Reife und Gelassenheit fehlt.

Der Berichterstatter einer Münchener Zeitung, der an diesem Bunkertest teilnahm, schrieb dazu: „Hoch klingt das Lied von den braven Frauen. Professor Dr. Schunk (BzB) hat sie vor den 13 miteingebunkerten Journalisten nicht genug loben können. Die Gruppe der 48 Damen zwischen 50 und 67 Jahren übertrumpft die beiden anderen Gruppen (Männer und junge Mädchen) haushoch, was Sauberkeit, Zufriedenheit, Duldsamkeit und selbständiges, sinnvolles Beschäftigen betrifft... Unordentlich sind sie beide, die Gruppe der männlichen Idealisten und die der realistischen Jungfrauen. Alle sechs Stunden beim Wechsel vom Tages- in den Schlafraum gibt es ein ziemliches Durcheinander. Jeder will den besten Platz haben, Rücksicht kennt man nicht. In jeder Gruppe sind Sprecher gewählt worden. Jetzt gibt es also eine Bunkerbetriebsführung und einen Bunkerbetriebsrat, der mit dem Professor über Wünsche und Beschwerden täglich einmal verhandeln soll. Im Männerraum heißt es seitdem mit militärischer Härte: ‚Kameraden, rein Schiff‘. Bei den jungen Mädchen ist alle Mühe vergebens. Fürs Saubermachen sind nach ihrer Ansicht Putzfrauen da und fürs Betriebsklima soll die Bunkerleitung gefälligst selbst sorgen. ‚Was geht uns das an?‘ Dann greifen die Mädchen zur Handtasche, kramen Kamm, Lippenstift und Spiegel hervor und machen sich zurecht, als stünde die Wahl einer ‚Miß Bunker‘ an.“

Die genaue Auswertung des umfangreichen Testmaterials durch das Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz soll in einigen Monaten veröffentlicht werden.

Fragebogen für die Testpersonen

In der Bundesrepublik gibt es noch eine Anzahl von Bunkern aus dem 2. Weltkrieg, die wiederhergestellt werden können. Zu diesen gehört der „Sonnenbunker“ in Dortmund, vier Stock hoch, mit 2½ bis 3 m dicken Wänden, der nach seiner Wiederherstellung Raum für 1500 Personen bietet. Durch Notstromaggregate und einen Tiefbrunnen und weitere technische Einrichtungen ist er so vorbereitet, daß er etwa 30 Tage von der Außenwelt unabhängig betrieben werden kann. Für den gleichen Zeitraum sind Lagermöglichkeiten für Lebensmittel, Verbandmittel und sonstige ärztliche Hilfsmittel gegeben.

Für eine erste Erprobung dieses Bunkers waren 144 freiwillige Testpersonen ausgesucht worden. Hinzu kam ein Stab von Ärzten, Psychologen und sonstiger Hilfspersonen, die für Testaufgaben eingesetzt waren. Die Testpersonen teilten sich in drei Gruppen:

1. junge Mädchen im Alter von 16—21 Jahren,
2. Männer im Alter von 50—67 Jahren,
3. Frauen im Alter von 50—67 Jahren.

Zur Verfügung standen drei Sitzräume, wovon einer für Raucher vorgesehen war, sowie ein Liegeraum für 48 Personen. Die drei Gruppen waren so eingeteilt, daß jeweils 48 Personen sich sechs Stunden im Liegeraum befanden, während die beiden anderen Gruppen sich zwölf Stunden in den Sitzräumen aufhielten.

Die Verpflegung bestand aus Lebensmitteln, die der Bunkerbevorratung entnommen waren. Sie sollten gleichzeitig bei diesem Test im Hinblick auf Geschmack, Bekömmlichkeit und Sättigungswert erprobt werden. Es gab zum Frühstück und Abendessen jeweils 500 g Vollkornbrot in Dosen, dazu ½ Büchse Wurst oder Schmalzfleisch sowie eine Tube Mar-



Jeder von uns kann plötzlich in die Lage kommen, einem scheinbaren Verunglückten Erste Hilfe leisten zu müssen. Dann kommt es auf schnelles Handeln an.

Sofort die Atemspende durchführen!

Die Atemspende – das Einblasen der Atemluft – ermöglicht eine wirksame Hilfe und Rettung. Die Atemspende ist leicht erlernbar. Jeder sollte im Notfall bereit sein, als Atemspender Erste Hilfe zu leisten.

Ein wichtiges Hilfsmittel:

DRÄGER Ausrüstung zur Atemspende



Bitte Informations- und Lehrmaterial über „Geräte für die Atemspende“ – P 5555 – anfordern vom

DRÄGERWERK LÜBECK

melade und jeweils zwei Tassen Tee. Zum Mittagessen erhielt jeder Teilnehmer eine im Wasserbad erwärmte Konservendose, deren Inhalt täglich wechselte, z. B. Nudeln mit Fleisch, Reis mit Gulasch, Bohnen mit Speck oder Pichelsteiner Topf. Insgesamt enthielt die Tagesverpflegung 2000 Kalorien.

Ein ärztliches Team führte Untersuchungen hinsichtlich Herz- und Kreislaufbelastungen durch. Dieses Team hatte im übrigen auch die gesundheitliche Betreuung übernommen sowie die Kontrolle des Gewichts und der Muskelreaktionen. Durch ein psychologisches Team wurden die Testpersonen täglich nach ihrem Befinden befragt, nachdem sie vorher schon durch einen umfangreichen Fragebogen, der sich auf ihr Denken, Fühlen und ihre Umwelt bezog, überprüft waren. Bei diesem Test ging es um das Verhalten der Teilnehmer untereinander hinsichtlich der Stimmungsschwankungen, Spannungen zwischen alten und jungen Menschen, ihrer Fähigkeit zur Selbstorganisation und zur Selbstbeschäftigung.

Am zweiten Belegungstag begann die Überprüfung der Wasserentnahme. Hierdurch sollte festgestellt werden, ob eine Person mit zwei Litern pro Tag auskommen kann. In diesem Zusammenhang wurden auch die Wasserabgaben der Testpersonen überprüft.

Zur Unterhaltung waren den Testpersonen Bücher und Spiele zur Verfügung gestellt worden. Ein großer Teil machte hiervon regen Gebrauch, während andere sich mit Studienbüchern, Handarbeiten, Schreiben und Gesprächen die Zeit vertrieben. In den ersten Tagen fiel fast allen die Eingewöhnung und Umstellung schwer. Doch vom vierten Tag an besserte sich das Verhalten und die Stimmung der einzelnen sichtlich, wahrscheinlich im Hinblick auf das nahe Ende des Bunkeraufenthalts.

Die Testpersonen hielten alle bis zum Schluß durch bis auf eine Frau, die aus Krankheitsgründen, deren Ursache jedoch nicht auf den Bunkeraufenthalt zurückging, ausschied, und einen Mann, dessen Frau wegen eines Herzinfarktes in ein Krankenhaus mußte. Diese beiden Personen waren die einzigen, die den Schutzraum vorzeitig verließen.

Obwohl dem Bunker laufend Frischluft zugeführt wurde, haben einige Personen Beschwerden gehabt, die vermutlich auf mangelnden Sauerstoff und den ungewohnten Rhythmus des Tagesablaufes zurückzuführen waren. Entbehrt wurde von den Frauen der Bohnenkaffee und von den Männern ein frisches Bier. Aber auch diesen Mangel überbrückten viele Testpersonen allmählich durch gute Laune. Es war überhaupt erstaunlich, wie die einzelnen bemüht waren, die zwölf Stunden im Sitzraum sich selbst so angenehm wie möglich zu gestalten. Es wurden z. B. Porträts und Karikaturen gemalt, aus primitiven Mitteln kleine Geschenke hergestellt oder auch humorvoll gedichtet.

Wenn auch dieser erste Versuch unter verhältnismäßig leichten Bedingungen stattfand, darf trotzdem nicht vergessen werden, daß die Testpersonen einigen Strapazen ausgesetzt waren. Wie sie sich alle bemüht haben, diese zu überwinden, muß anerkannt werden.

Dr. Eva-Maria Geimick

Das Ganze hatte einen Sinn

Am 8. Juni 1964, gegen 11.30 Uhr, betrat ich den „Sonnenbunker“ in Dortmund. Freiwillig hatte ich mich zu dem einwöchigen Belegungsversuch gemeldet. Was mich natürlich besonders gelockt hatte, waren die 50 DM Tagegeld. Doch wie gern hätte ich auf dieses Geld verzichtet, wenn ich die Strapazen, die mir bevorstanden, vorher geahnt hätte.

In einem engen Raum zwölf Stunden auf einer harten Bank zu sitzen, auf der nur jedem $\frac{1}{2}$ m² Platz zustand, war keine Kleinigkeit. Vor allem die ersten Stunden wollten und wollten nicht herumgehen. Ich versuchte, die Zeit mit Lesen totzuschlagen, doch schon nach wenigen Seiten gab ich es wieder auf. Ich konnte mich einfach nicht konzentrieren. Auch die Spiele, die zur Verfügung standen, gaben mir keine Ablenkung.

Das erste Essen im Bunker, Gulasch mit Reis, schmeckte mir nicht. Der Büchsen Geschmack überwog, und ich konnte es mit bestem Willen nicht hinunterwürgen. Außerdem war es furchtbar scharf gewürzt. Die Kehle war mir anschließend wie ausgedörrt, aber zu trinken gab es nichts. Obwohl das Hungergefühl immer stärker wurde, hatte ich trotzdem keinen Appetit. Nur trinken, trinken, trinken! Ich versuchte, das Hungergefühl mit Zigaretten zu betäuben, aber auch das gelang nicht. Nachträglich vermag ich eigentlich gar nicht mehr zu beschreiben, wie ich mich fühlte. Herzklopfen, Angst und

der Wunsch, den Bunker zu verlassen, waren die Hauptbelastungen.

Wie ich mich auch auf meinem Sitz drehte, sämtliche Glieder schmerzten. Die Augen fielen mir zu, aber ich vermochte nicht zu schlafen. Als ich dann endlich in meinem „Bett“ lag, konnte ich trotzdem keinen Schlaf finden. Daß im Schlafrum immer wieder irgendwo die Schnüre eines Bettes rissen und den Schläfer durchkrachen ließen, war daran nicht unerheblich schuld.

Auch mit der Waschgelegenheit war es nicht zum besten bestellt. Nur vier Waschbecken standen für etwa 100 Personen zur Verfügung. Richtiges Waschen war einfach ausgeschlossen. Jeder Liter wurde pedantisch genau aufgeschrieben, und nur zwei Liter standen für jeden täglich zur Verfügung. Der Drang nach einem Bad, nach einer Tasse Kaffee oder Tee wurde so groß, daß ich mich nicht beherrschen konnte und das Wasser trank.

Zum Frühstück und zum Abendessen gab es Vollkornbrot aus Büchsen und Marmelade aus der Tube. Brot und Marmelade schmeckten, doch schon nach wenigen Stunden hatte ich wieder Hunger.

Es kam der dritte Bunkertag. Diesen Tag werde ich nie vergessen. Die große Öde — der Tiefpunkt — war gekommen. Man durfte niemand ansprechen; die Nerven versagten einfach; alles wurde gleichgültig. Warum noch etwas essen? Schlafen, nur schlafen! Es kam so weit, daß ich mich zwischen die Bänke auf die Erde legte und versuchte, einzuschlafen. Oh, der Glückliche, dem dieses gelungen ist. Was sollte man sonst noch tun? Gingen die zwölf Stunden gar nicht herum? Und dann kamen die Vorstellungen: jetzt ein schönes Essen, eine gute Tasse Kaffee oder ein Bier und anschließend richtig ausschlafen. Warum ist man nicht zu Hause geblieben? Warum brach man den Versuch nicht einfach ab? Man konnte ja gehen, wenn man es nicht mehr aushielt. Doch das ließ trotz allem der Stolz nicht zu. Jetzt eine Blöße geben und nach Hause fahren? Nie! Um die Zeit totzuschlagen, stellte ich mich vor den Spiegel, machte ein wenig auf Schönheitspflege und glaubte, eine Stunde sei vergangen. Aber ich hatte mich getäuscht. Es war nur eine halbe Stunde vergangen. Noch lagen acht Stunden vor mir, bis ich mich niederlegen konnte. Doch ich riß mich zusammen. Hart bleiben, beherrschen, nichts anmerken lassen, das waren meine Gedanken.

Zwischendurch wurde man zur Untersuchung gebeten. Endlich eine Abwechslung. Endlich einmal ein Zeitvertreib. Ach, war das schön, ich konnte mich auf das Ruhebett legen und wurde untersucht. Allerdings habe ich nicht viel davon gemerkt, denn ich war so übermüdet, daß ich einschliefe und nach der Untersuchung erst wieder geweckt werden mußte.

Am vorletzten Tag zählte ich die Stunden. Noch einmal zwölf Stunden sitzen, dann sechs Stunden schlafen, und dann öffnen sich die Bunkertüren. Ich konnte mir bei dauerndem Neulicht nicht mehr vorstellen, wie das Tageslicht aussah. Kaum vermochte ich mir auszumalen, wie das Wiedersehen zu Hause sein würde. Nur ein Gedanke beherrschte mich: Raus, raus, raus! Und nie wieder hinein!

Endlich brach der letzte Bunkertag an. Wir jungen Mädchen durften gegen sechs Uhr morgens schlafen gehen. Doch schon gegen zehn Uhr wurde ich wach. Ich hatte Herzklopfen, Seitenstiche, der Schweiß brach aus, meine Nerven waren überfordert. Und dann vermochte ich mich nicht mehr zu beherrschen. Ich weinte und wußte trotzdem nicht, daß ich schluchzte. Alles, was ich in einer Woche an Angst, Hunger, Durst, Müdigkeit und Rücksichtnahme den Kameradinnen gegenüber angesammelt hatte, kam plötzlich zum Ausbruch. Dazu die Aufregung, in zwei Stunden hast du alles überstanden, es war einfach zuviel!

Endlich kam der große, ersehnte Augenblick, das erlösende Wort: „Es ist jetzt zwölf Uhr, bitte die Tore öffnen.“ Ein Aufschrei der Erleichterung ging durch uns Wartende. Endlich, endlich, konnte ich wieder das Tageslicht sehen, zwar mit etwas geblendeten Augen und Kopfschmerzen, aber es war geschafft. Ich hatte nur noch einen Gedanken: Ein Mittagessen, eine Tasse Kaffee und in einem guten Bett schlafen.

Obwohl mir mit meinen 18 Jahren die Tage und Nächte im Bunker nicht leichtgefallen sind, bin ich dennoch überzeugt, daß derartige Versuche nötig sind, um für Stunden der Not und Gefahr, die hoffentlich nie kommen, Erkenntnisse zu gewinnen und Erfahrungen zu sammeln. Es ist mir auch klar, daß es besser ist, solche Unannehmlichkeiten, wie sie der Test mit sich brachte, im Ernstfall auf sich zu nehmen und damit zu überleben, als mit den Händen im Schoß dazusitzen und nichts zu tun. Darum hatte das Ganze einen Sinn! Ute Kautz

**Die
zeitsparende
großflächige
BAUSTAHLGEWEBE®
Bewehrung**



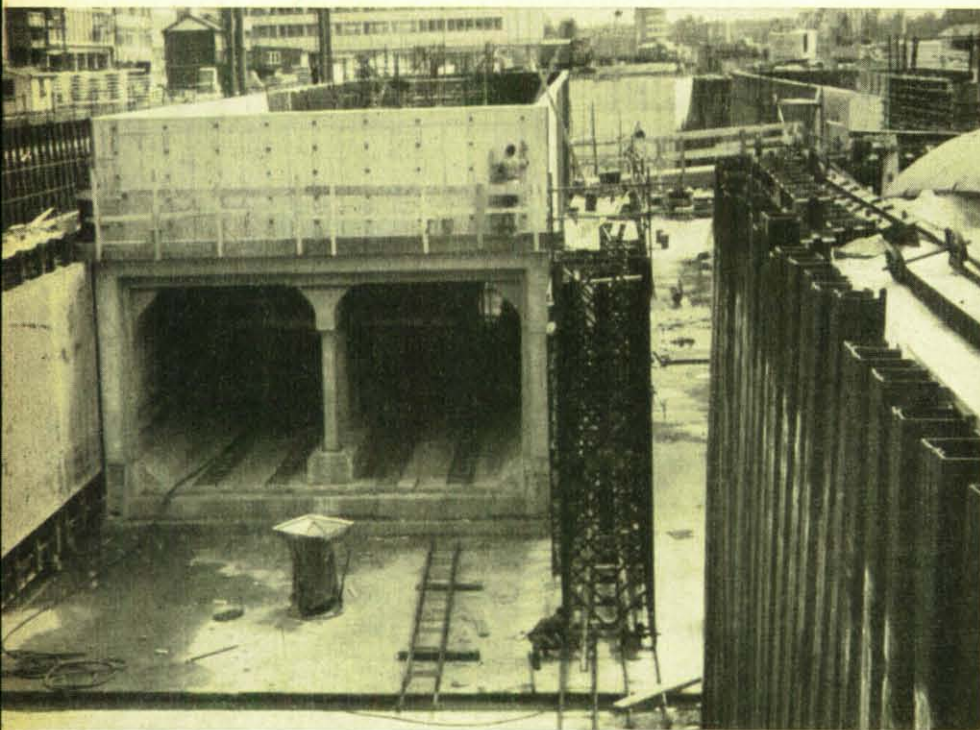
BAU-STAHLGEWEBE ^{GM}_{BH} DÜSSELDORF

ZIVILSCHUTZ

Der U-Bahn-Bau in

in unterirdischen Verkehrsanlagen

Von Dipl.-Ing. K. Idelberger und Dr.-Ing. G. Girnau



Die schwierigen, durch die Maas und den hohen Grundwasserstand bedingten Verhältnisse in Rotterdam zwingen beim U-Bahnbau zu besonderen Maßnahmen und Bauverfahren. Zur Zeit wird eine Linie, vom Hauptbahnhof im Norden der Stadt ausgehend, zu den südlich der Maas liegenden Wohngebieten gebaut. Die U-Bahn verläuft im nördlichen Kernstadtgebiet unterirdisch, unterquert die Maas, um dann im südlichen Stadtteil aufzutau- chen und als Hochbahn weitergeführt zu werden.

Mehrgeschossige Haltestellen

Die „Zentralstation“ ist vorläufiger nördlicher Endpunkt der U-Bahnlinie.

Sie stellt den Anschluß an den Fernverkehr der niederländischen Eisenbahnen sowie den Straßenbahn- und Autobusverkehr her.

Die Stationen „Stadthaus“ und „Börse“ liegen im Behörden-, Geschäfts-, Handels- und Bankzentrum. Letztere soll außer der Nord-Süd-U-Bahnlinie später eine zweite Ost-West-Linie, die zu den geplanten Wohnsiedlungen östlich des Kralinger-Sees führt, aufnehmen. Beide Linien kreuzen sich rechtwinklig in übereinander liegenden Ebenen, so daß zusammen mit der Schalterhalle ein dreigeschossiger „Turmbahnhof“ entsteht. Um ein nochmaliges Aufbrechen des verkehrsreichen Platzes zu vermeiden, werden die Anlagen für die

Ost-West-Linie an der Station „Börse“ sofort mitgebaut. Das für die zweite Metro-Linie vorgesehene Bahnsteigpaar und kurze Tunnelstücke im Anschluß an die Station werden vorerst von der Straßenbahn benutzt, die auf provisorischen Rampen in die unterste Ebene geführt wird.

„Leuvehaven“, die letzte Station im Nordabschnitt der Stadtbahn, liegt in dem Maasdeich, so daß die Bahnsteigkante auf der gleichen Höhe verläuft wie die Linie des mittleren Wasserstandes. Als Sicherheit gegen Wassereinbrüche vom Fluß her dienen zwei wasserdichte Druckschotten an beiden Enden der Station, die automatisch den Tunnel sperren, sobald die Lenz-Pumpen das Sickerwasser nicht mehr bewältigen können.

Die Station „Rijnhaven“, die erste Haltestelle im Südabschnitt der Stadtbahn, liegt bereits auf Viadukten. In der Station „Maashaven“ bietet die Nord-Süd-Metro über 11 m lange Rolltreppen Anschluß an die Linie 2 der Straßenbahn. Bei einem Fahrgastaufkommen von ca. 50 000 Personen je Tag soll diese weitgehend einen eigenen Bahnkörper erhalten und in verkehrsreichen Abschnitten kreuzungsfrei geführt werden. Der „Zuidplein“ (Südplatz) als vorläufige südliche Endstation der Stadtbahn wird zum Omnibus-Zentralbahnhof ausgestaltet und an ihn sämtliche Lokal- und fast alle Fernverbindungen angeschlossen, die durch mehrfaches Umsteigen zu un bequem würden. Die Straßenbahnlinien werden eingestellt mit Ausnahme der erwähnten Linie 2. Die Stationen werden durchweg mehrgeschossig ausgeführt. Im unterirdischen Nordabschnitt liegt eine zentrale Schalterhalle über den Bahnsteigen dicht unter der Erdoberfläche. Diese dient gleichzeitig als Fußgängerunterführung. Im oberirdischen Südabschnitt liegt die Zentralhalle unter den Gleisen zu ebener Erde. Die Bahnsteige erhalten einheitlich eine Länge von 120 m, reichen also für einen Zug mit 4 Gelenktriebwagen aus. Der nördliche Endbahnhof „Centraal Station“ erhält einen 9 m breiten Mittelbahnsteig und vier

Rotterdam als weiteres Beispiel

Gleise. Die Zwischenstationen werden mit Seitenbahnsteigen von 3 oder 3,5 m Breite ausgerüstet. Der südliche Endbahnhof „Zuidplein“ erhält ebenfalls einen Mittelbahnsteig von 10 m Breite.

Das Bauverfahren

Der 10 m breite und 6 m hohe Tunnel der Untergrundbahn setzt sich aus 24 Elementen von 50 m Länge im Nordabschnitt und 12 Elementen von 75 m bzw. 90 m Länge im Flußabschnitt zusammen. Diese werden im Trockendock gebaut, geflutet (nach provisorischem Abschluß mit wasserdichten Kopfschotten) auf dem Wasserwege zum Einsatzort geschleppt und dort abgesenkt und verankert. Die Tunnelelemente für das nördlichste Baulos von „Centraal Station“ über „Stadhuis“ bis „Meent“ werden im Baudock „Centraal Station“ gefertigt, für das mittlere Baulos von „Meent“ über „Beurs“ bis „Leuvehaven“ im Baudock „Beurs“ und für das Baulos unter dem Fluß im Baudock „Brienoord“, einer Maasinsel einige Ki-

lometer oberhalb des Einbauortes. Die Baudocks „Centraal Station“ und „Beurs“ im Stadtkern werden später zu Bahnhöfen ausgebaut; sie sind außer der Station „Leuvehaven“ also die einzigen in trockener Baugrube errichteten Teilabschnitte der Metro Rotterdam.

Für das Baudock „Centraal Station“ wurde am 14. 11. 1960 die erste Stahlspundbohle gerammt; es folgten 650 weitere Bohlen von 20 m Länge und 400 Verankerungsplatten aus Stahl. Durch Ausbaggern von 100 000 cbm nicht tragfähigen Untergrundes entstand eine 12 m tiefe Baugrube, in der eine Sandschicht von 5 m Dicke zu einem 7 m unter Straßenniveau liegenden Arbeitsboden verdichtet wurde. Auf dem betonierten Arbeitsboden des Docks von 90 m \times 45 m werden gleichzeitig zwei Tunnelelemente von 50 m \times 10 m \times 6 m gebaut. Die Tunnelröhren erhalten eine schlaffe Stahlarmierung und werden mit Hilfe wandernder Stahlschalungen rationell gefertigt, nämlich einer Spreizschalung innen und

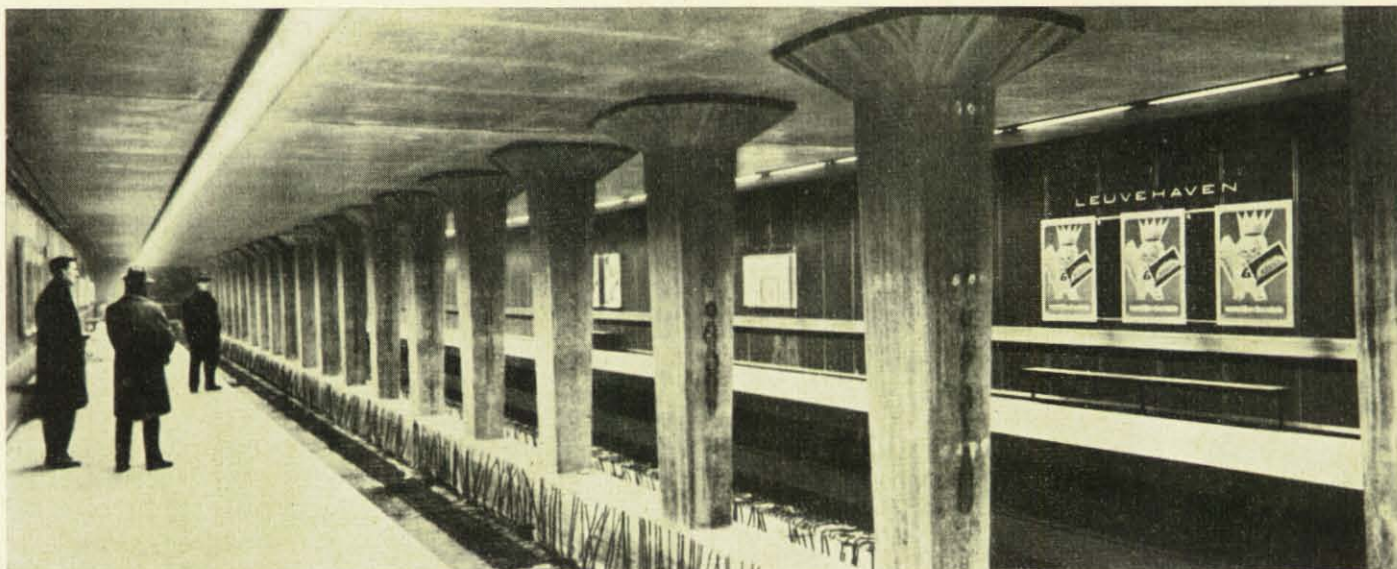
einer Gleitschalung außen. Alle 4 Monate werden zwei Tunnelröhren fertiggestellt und an den Enden mit Holzbohlen und Bitumen provisorisch wasserdicht verschlossen. Dann werden die Schleusentore des Docks geöffnet, und es füllt sich mit Grundwasser aus den benachbarten kanalartigen Abschnitten der Trasse.

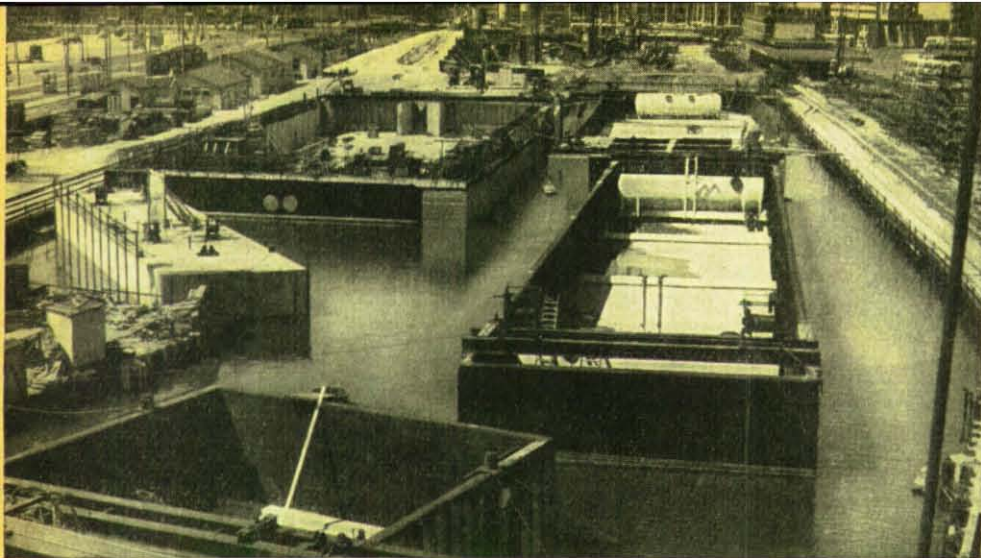
Das Baudock „Beurs“ wurde im Frühjahr 1962 errichtet, indem man auf einem Umfang von 50 m Länge Spundwände niederbrachte. 50 000 cbm sandiger Lehm wurden abgegraben und in 8 m Tiefe ein Arbeitsboden von 100 \times 55 m betoniert. Er liegt auf 2500 alten Holzpfählen, die das Fundament des kriegszerstörten Warenhauses „Bienenkorb“ bildeten, vermehrt um 3000 bis 4000 neugerammte Pfähle.

Das Baudock „Brienoord“ im Nordosten von Rotterdam nahm im Dezember 1961 die Arbeit auf. Beim Autobahnbau üblicherweise verwendete Erdbewegungsgeräte entfernten 150 000 cbm Sand und Klei und schufen eine Baugrube in 10 m Tiefe mit einer Arbeitsfläche von 100 \times 50 m. Hier werden ebenfalls gleichzeitig zwei Tunnelelemente gebaut von 75 m bzw. 90 m \times 10 m \times 6 m. Die Tunnelröhren für den Flußabschnitt sind länger, haben dickere Wandungen und eine bedeutend stärkere Stahlarmierung. Jeweils 15 m Länge werden in einem Arbeitsgang gefertigt mit Hilfe 15 m langer umsetzbarer Stahlschalungen. Alle 5 Monate wird ein Paar Tunnelröhren fertiggestellt; seit Baubeginn 10 Tunnelelemente, von denen mehrere bereits im Flußbett abgesenkt worden sind.

Nutzung für den Bevölkerungsschutz

Bei den Anlagen der Rotterdamer U-Bahn wurden auf Grund der Bestrebungen des niederländischen Innenministeriums auch Maßnahmen für den zivilen Bevölkerungsschutz getroffen. Die unterirdisch liegenden Haltestellen „Centraal“, „Stadhuis“, „Beurs“ und „Leuvehaven“ werden als Schutzräume für die Bevölkerung ausgebaut,





Hier sieht man ein geflutetes Baudock mit Tunnelelementen für die Zentralstation der Rotterdamer U-Bahn. Dieser Bahnhof soll als nördlicher Endpunkt den Anschluß an Eisenbahn- und Stadtverkehr herstellen.

während die Tunnelstrecken als Flucht- und Rettungswege Verwendung finden. Die Dicken der Umfassungsbauteile der Haltestellen werden dabei allerdings nicht verändert. Vielmehr werden die konstruktiven Gegebenheiten zugrunde gelegt, die für das Verkehrsbauwerk erforderlich sind. Daraus ergibt sich ein Schutzgrad, der etwa in folgender Größenordnung liegt:

- Sicherheit gegen Druckstöße bis 1 atü,
- Sicherheit gegen entsprechende radioaktive Strahlung,
- Sicherheit gegen Nahtreffer (14 m Entfernung) herkömmlicher Bomben von 250 kg.

Das Fassungsvermögen der Haltestellen ist bei den vorliegenden Bauwerksgrößen sehr hoch. In den Bahnhöfen und den Schalterhallen sind folgende Menschenmengen unterzubringen: Haltestellen „Stadhuis“, „Beurs“ und „Leuvehaven“: jeweils ca. 5000 Personen, Haltestelle „Centraal“ (insgesamt im nördlichen Stadtteil) ca. 22 500 Personen. Alle Öffnungen der Haltestelle werden durch Stahltüren und Tore verschlossen. Die Schleusen liegen in den Fußgängerpassagen und sind als Umgehungsschleusen ausgebildet. Bei der Station „Leuvehaven“ wurden zum Abschluß des Bahnhofs gegen den Tunnel

Segmentverschlüsse angewandt, die gleichzeitig die friedensmäßige Sicherung gegen Überflutung übernehmen. Alle Tore können von Hand und über einen Elektromotor betrieben werden. Sie sind gasdicht und auf einen statischen Druck von 10 t/qm berechnet.

Zur Luftschutznutzung wurden die Haltestellen auch mit Anlagen für die Lüftung, Be- und Entwässerung, Notenergieversorgung und Lebensmittelversorgung versehen. Die Lüftung ist auf das jeweils vorhandene Fassungsvermögen ausgelegt, dabei wird mit folgenden Luftmengen gerechnet:

- Schutzbelüftung:
24 l je Person und Minute.
- Normalbelüftung:
120 l je Person und Minute.

Zur Luftfilterung werden Sandfilter eingebaut. Es ist aber auch die Möglichkeit offengelassen, diese später durch Aktivkohlefilter zu ergänzen. Die Luftverteilung erfolgt über Leitungen, die hinter der Wandverkleidung an den Seitenwänden der Bahnsteige liegen. In regelmäßigen Abständen wurden Einblasöffnungen angeordnet.

Alle Haltestellen sind an das öffentliche Energieversorgungsnetz angeschlossen. Die Kabeleinführungen sind dabei gegen Verschiebungen des Baukörpers ge-

sichert. Zur Notversorgung wird ein Notstromaggregat vorgesehen, das im geschützten Bauwerksbereich steht. Bei Ausfall des Stadtstroms versorgen diese Anlagen die Notbeleuchtung, die Motoren für die Abschlüsse, die Brunnen- und Fäkalienpumpen und die Ventilatoren mit elektrischer Energie.

Ebenfalls sind die Haltestellen an das öffentliche Wasserleitungsnetz angeschlossen. Zur Sicherung der Versorgung bei Ausfall dieses Netzes wurden in jeder Station Tanks untergebracht, in denen Wasservorräte gelagert sind. Dort, wo gutes Wasser in erreichbarer Tiefe vorhanden ist, wurden zusätzlich Brunnen zur Wasserversorgung im Ernstfall gebohrt.

Die Toilettenanlagen wurden so bemessen, daß für 50 Personen 1 Toilette auf den Bahnhöfen vorhanden ist. Diese wurden in den Schalterhallen teilweise fest eingebaut. Im Bahnsteigbereich jedoch wurden nur die Vorbereitungen zur Anordnung von Nottoiletten getroffen. Hierzu wurden an den Endpunkten der Bahnsteige die Abflußöffnungen im Bahnsteig vorgesehen. Der Raum unter dem Bahnsteig wird dort als Fäkalientank eingerichtet. Die Öffnungen in der Bahnsteigsohle sind im Frieden durch Abdeckplatten verschlossen.

Zur Lagerung von Lebensmitteln ist in jeder Haltestelle ein Raum von 60 cbm Inhalt ausgewiesen.

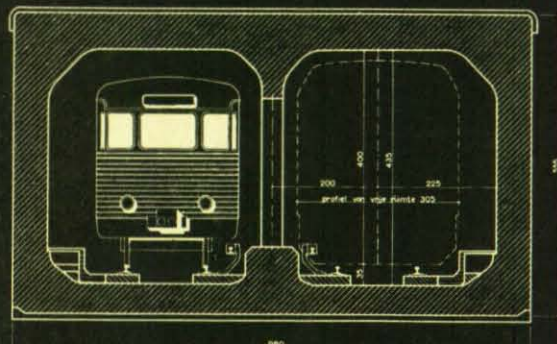
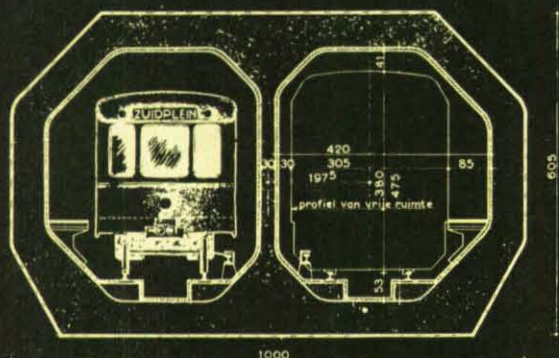
Die durch die LS-Maßnahmen bei allen vier Haltestellen ausgelösten Mehrkosten ergeben sich in folgender Größenordnung:

Bauliche Mehrkosten	ca. DM 3 810 000,—
Abschlüsse	ca. DM 500 000,—
Lüftung	ca. DM 2 230 000,—
Notstromaggregate	ca. DM 410 000,—
Notwasserversorgung	ca. DM 138 000,—
insgesamt	ca. DM 7 088 000,—

Diese Gegebenheiten sind nicht unmittelbar mit deutschen Verhältnissen zu vergleichen, da hier z. Z. ein wesentlich höherer Schutzgrad bei Mehrzweckbauten gefordert wird. Dementsprechend verändern sich nicht nur die baulichen Maßnahmen, sondern auch die Kostenverhältnisse. Das Beispiel kann daher nur die niederländische Konzeption wiedergeben.

STUVA-Nachrichten, Heft 10/1964

Diese beiden Skizzen zeigen links einen Normalquerschnitt des U-Bahn-Tunnels und rechts einen Querschnitt des Tunnels im Flußbereich der Maas.



neue bücher:

Entwicklungsgesetze der Raumfahrt

Mythos — Wunschbild — Wirklichkeit

Von Dr. Irene Sänger-Bredt, mit einem Vorwort von Frank J. Malina, Direktor der Internationalen Astronautischen Akademie, 160 Seiten, 33 Abbildungen, engl. brosch. DM 11,80, Krauskopf-Flugwelt-Verlag, Mainz.

Dr. Irene Sänger-Bredt, selbst Raumfahrtforscherin, geht in dem vorliegenden Buch zunächst den Wurzeln der Raumfahrt-idee nach. An Beispielen aus einer historischen Übersicht über die Vorstufen und die ersten Realisierungsschritte der Raumfahrt zeigt sie, wie aus Gedanken, Phantasie und Märchen und den ihnen folgenden wissenschaftlichen Berechnungen Wirklichkeit wurde.

Das Werk baut sich auf in der Beantwortung der drei Fragen: Warum wünschen wir überhaupt Raumfahrt?

Warum verwirklichte sich die Idee der Raumfahrt bisher erfolgreich?

Wie weit wird die Raumfahrt in Zukunft Erfolg haben?

Wenn in diesem Buch von Weltraumforschung gesprochen wird, so bezieht sich dies nicht auf eine Erforschung außerirdischer Bezirke mit klassischen Mitteln, die es dem Forscher gestatten, bei seiner Tätigkeit selbst auf der Erde zu bleiben. Es geht vielmehr um das alte Ziel, die Welt, in der wir leben, in immer weiterem Ausmaß kennenzulernen. Die umfangreiche Zeittafel zur Geschichte der Raumfahrt beginnt mit ihren Vorstufen und endet bei der eigentlichen Raumfahrt. Dr. Irene Sänger-Bredt bemüht sich, die oft vertretene Ansicht, die Raumfahrt diene in erster Linie waffentechnischen Aspekten, gründlich zu widerlegen. H. F.

Fortschritte der Strahlenbiologie

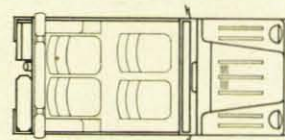
Berichte zusammengefaßt von O. Hug, 180 Seiten, DIN A 5, broschiert, DM 12.—. Verlag Gersbach und Sohn, München 34, Barer Straße 32.

Soeben ist Heft 25 der Schriftenreihe „Strahlenschutz“ des Bundesministers für wissenschaftliche Forschung erschienen. Das Heft enthält Berichte über strahlenbiologische Arbeiten in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1954—1961, und zwar im einzelnen über allgemeine Strahlenbiologie und somatische Strahlenwirkungen, Strahlengenetik, natürliche und künstliche Radionuklide in der Biosphäre und im menschlichen Organismus, ferner über chemischen und biologischen Strahlenschutz sowie über Dekorporation radioaktiver Substanzen. — Im Vorwort führt Prof. Dr. Hug u. a. aus, die gesonderte Betrachtung der Entwicklung eines Fachgebietes innerhalb regionaler Grenzen erscheine möglicherweise zugleich nützlich und fragwürdig. „Wenn trotzdem der Versuch gemacht wird, die strahlenbiologische Forschung der letzten Jahre in der Bundesrepublik Deutschland zusammenfassend darzustellen, so hat das einen ganz konkreten äußeren Anlaß. Dem ‚United Nations Scientific Committee on the Effects of Atomic Radiations‘ war ein Bericht über die Beiträge unserer Forschung zur fundamentalen Strahlenbiologie und zur Frage der somatischen und genetischen Strahlenwirkungen vorzulegen. Der Bundesminister für wissenschaftliche Forschung hielt es für wünschenswert, diese Übersicht einem weiteren Leserkreis zugänglich zu machen, und demzufolge haben wir die ursprüngliche knappe Zusammenfassung wesentlich erweitert. Bei dieser Bearbeitung wurde es uns ganz besonders klar, daß die Beschränkung des Referates auf das Schrifttum eines Landes — mehr noch: auf ein Fragment nationalen wissenschaftlichen Lebens — nur ein unbefriedigendes Bild der Gesamtentwicklung des Faches ergibt. Bei der Besprechung fast jeder Einzelarbeit und jedes größeren Themas stößt man auf Schwierigkeiten, wenn man darauf verzichten muß, die anderswo entwickelten Ideen und Methoden, auf die sich eine Arbeit stützt, oder Fortschritte, die sich gerade auf Grund dieser Arbeit ergeben haben, zu erwähnen. Eigenwert einer wissenschaftlichen Arbeit und ihr Gewicht im Rahmen des Ganzen sind dann nur noch schwer zu beurteilen. — Andererseits aber ist die aufgewendete Mühe vielleicht doch nicht umsonst gewesen.“

M EHRZWECK U N IVERSAL G ELÄNDEWAGEN MIT A LLRADANTRIEB:

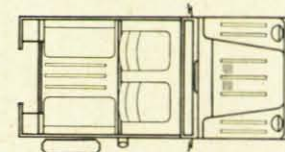
MUNGA

Ein bequemes Fahrzeug, das Personen und Lasten auch dort sicher und schnell ans Ziel bringt, wo andere Fahrzeuge nicht mehr fahren können — in unwegsamem Gelände, zwischen den Straßen.



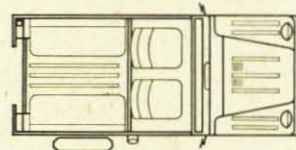
MUNGA 4

Viersitziger
Wannenaufbau
für die
Personenbeförderung



MUNGA 6


Pritsche (sechssitzig)
für Sonder-
antrieb und
Zusatzgeräte geeignet



MUNGA 8

Pritsche mit der
großen Ladefläche
(achtsitzig)

Kreuzen Sie bitte oben den Munga an, der Sie besonders interessiert und schicken Sie den Abschnitt an die Auto Union GmbH, Behördenabteilung, 807 Ingolstadt. Sie erhalten dann ausführliche Unterlagen.

AUTO UNION  DKW

Zivilschutz »ein Schwindel«?

Ein BLSV-Interview
mit Nobelpreisträger
Prof. Pauling

Professor Linus Carl Pauling, der am 21. Februar 1901 in Portland (Oregon) geboren wurde, hat seine Neigung für biochemische Forschungen wohl von seinem Vater, einem Apotheker, geerbt. Nach einem Studium der Physik und Chemie ging er als Stipendiat der John-Simon-Guggenheim-Stiftung nach München und Zürich sowie zu dem bekannten dänischen Atomphysiker Nils Bohr nach Kopenhagen. Seit dem Jahre 1929 lehrt Prof. Pauling am Technologischen Institut der Technischen Hochschule in Pasadena (Kalifornien).

Für seine Beiträge zur Chemieforschung und seine Entdeckungen auf medizinischem Gebiet wurde Prof. Pauling mit 13 wissenschaftlichen Preisen und Medaillen geehrt; er ist ferner Ehrendoktor zahlreicher amerikanischer, britischer und französischer Universitäten sowie Ehrenmitglied verschiedener wissenschaftlicher Akademien und Gesellschaften in aller Welt. Im November 1954 wurde ihm in Stockholm für seine Verdienste auf dem Gebiet der biochemischen Forschung der Nobelpreis verliehen, und am 10. Oktober 1963 erkannte ihm das Nobel-Komitee des norwegischen Parlamentes in Oslo den Friedensnobelpreis für das Jahr 1962 zu.

Das geistige Profil und das internationale Ansehen von Prof. Dr. Linus Carl Pauling rückten ihn als Atomwaffengegner prestigemäßig in die vorderste Front bei pazifistischen Organisationen. Man kann dem Gelehrten Pauling durchaus zubilligen, daß er es bitterernst meint mit seiner Warnung, daß „ein Atomkrieg die Zivilisation zerstören und vielleicht die ganze menschliche Rasse vernichten würde.“ Kein vernünftiger Mensch wird das bestreiten. Es beschleicht den deutschen Bundesbürger jedoch ein gewisses Unbehagen darüber, daß Prof. Pauling seine „Appelle an die Vernunft“ in Form von Vorträgen und Pressekonferenzen auf Gemeinschaftsveranstaltungen der „Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK)“, deren Ehrenmitglied er seit 1958 ist, und der „Kampagne für Abrüstung“ geäußert hat. Da Prof. Dr. Pauling auf seiner jetzigen Vortragstournee durch die Bundesrepublik als eine der Kernfragen zum Kriegsrisiko erklärt hatte: „Zivile Verteidigung und der Ausbau und Bau von Schutzräumen sind ein Schwindel. Zivile Verteidigung kann zur Vergrößerung der Kriegsgefahr beitragen, indem sie der Bevölkerung ein falsches Gefühl von Sicherheit gibt“, nahm die Bundeshauptstelle des Bundesluftschutzverbandes die Gelegenheit wahr, Prof. Pauling nach der Eröffnung einer Ausstellung der „Internationale der Kriegsdienstgegner“ in Gladbeck/Westf. um ein Interview zu bitten. Nachstehend

veröffentlichen wir den Wortlaut dieses Interviews, in dem mehrmals deutlich wird, daß Prof. Pauling einer klaren Beantwortung verschiedener BLSV-Fragen durch stereotype Wiederholung von militärpolitischen Gedankengängen ausgewichen ist:

BLSV: Wie stellen Sie sich, Herr Prof. Pauling, zu dem Widerspruch, daß Sie einerseits die allmähliche Vernichtung von Kernwaffen fordern und auf der anderen Seite glauben, daß es keinen Weltkrieg mehr geben wird, weil sich zwei Atomwaffenlager gegenüberstehen.

Pauling: Ich glaube, daß wir diese Atomwaffenlager nicht zerstören sollten, bis die Welt die Friedensidee gründlich angenommen hat. Das wird ziemlich lange dauern, wahrscheinlich Jahrzehnte. Z. B. müssen wir auch die Chinesische Volksrepublik in die Gesellschaft der Vereinten Nationen bringen und die Unterzeichnung von Verträgen erreichen, bevor wir endlich zur Abrüstung kommen. Ich unterscheide aber zwischen Abrüstung und Zerstörung der Atomwaffenlager. Ich halte es für möglich, daß 100 Milliarden Dollar pro Jahr, die für militärische Zwecke ausgegeben werden, eingespart werden könnten, jedoch die Atomwaffenlager nicht zerstört würden. Ich empfehle, daß die Atomwaffenlager ziemlich lange bestehenbleiben sollten, daß aber die Möglichkeit, sie zum Einsatz zu bringen, ausgeschaltet wird.

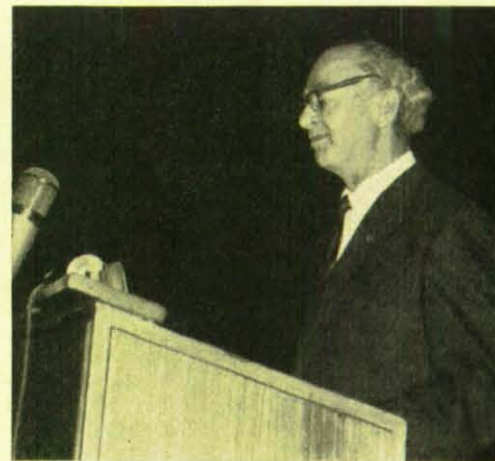
Vielleicht gibt es noch eine andere Methode, das zu erreichen, nämlich durch ein gemeinsames internationales Kontrollsystem, wie ich es vorgeschlagen habe, als ich in Oslo meinen Nobelpreis entgegennahm.

Ich wäre sehr froh, wenn die Atomwaffen ganz zerstört würden, aber es ist schwierig, das ohne Gefahr zu tun. Wir müssen erst sehr sorgfältige Fortschritte in der Abrüstung machen und dürfen dabei keine Fehler begehen.

BLSV: Prof. Bing als Präsident der „War Resisters' International“ wies ja auch schon darauf hin, daß man immer wieder die Möglichkeit haben wird, neue Atomwaffen herzustellen.

Pauling: Das ist zwar möglich, doch sage ich: Ein Atomwaffenlager ist zu wenig, weil es dann die Möglichkeit einer Welt-diktatur geben würde. Drei oder vier oder fünf Atomwaffenlager sind jedoch zu viel, weil dann zu viele Finger auf den Knopf drücken könnten.

BLSV: Wir vom Bundesluftschutzverband wie auch vom Zivilen Bevölkerungsschutz sind überhaupt gegen jeden Krieg. Wir würden es daher außerordentlich bedauern, wenn man uns vorwürfe, daß wir einen Krieg mitvorbereiten würden. Es hat seit 1945 eine ganze Reihe begrenzter Kriege ge-



Professor Dr. Linus Pauling, zweifacher Nobelpreisträger, während seines Vortrages.

ben. Man braucht nur zu erinnern an die Suezkrise, an Korea, Laos, Südvietnam, Zypern und jetzt auch neuerdings wieder an Algerien mit seinem Bürgerkrieg. Sie, Herr Professor, schlagen nun vor, in Mitteleuropa eine entmilitarisierte und „atomwaffenfreie Zone“ zu schaffen. Dieser Vorschlag ist noch nicht Wirklichkeit und überdies auch sehr umstritten.

Würden Sie die Möglichkeit eines begrenzten Krieges mit taktischen Atomwaffen, mit kleinen Atombomben oder sogar auch einen konventionellen Krieg in Mitteleuropa ausschließen, solange Ihr Plan der entmilitarisierten Zone noch nicht Wirklichkeit ist?

Pauling: Ich finde die Vorstellung komisch, daß die USA und die Sowjetunion miteinander nur einen begrenzten Krieg führen könnten. Ich kann nicht glauben, daß die USA das Risiko einer Niederlage hinnehmen und die Atombomben unbenutzt lassen würden. Auch für die Sowjetunion glaube ich das gleiche nicht. Und was sollte ich über einen Krieg zwischen Westdeutschland und der Sowjetunion sagen? Auch in diesem Falle glaube ich nicht daran, daß die Sowjetunion eine Niederlage riskieren würde, ohne von den großen Atomwaffen Gebrauch zu machen. Ich glaube fest daran, daß wir diese Konzeption des begrenzten Krieges schon in Korea und Ägypten erlebt haben. Hier waren Staaten mit großer Macht aktiv daran beteiligt. Trotzdem wurden diese Kriege nicht gewonnen. Sie sind schließlich beendet worden, weil die Idee eines begrenzten Krieges unsinnig ist. Aus diesem Grunde würde ich sagen, würde es auch nichts nutzen, daß Westdeutschland eine starke militärische Kraft würde.

Die Sowjetunion wäre immer überlegen und würde immer gewinnen, wenn ein Krieg zwischen der Sowjetunion und Westdeutschland ausbräche. Es wäre deshalb ein reiner Unsinn, wenn Westdeutschland einen Krieg gegen die Sowjetunion führen würde.

BLSV: Ihre Ausführungen basieren also stets auf der Tatsache, daß Westdeutschland ständig innerhalb der Militärgarantien der Vereinigten Staaten liegt?

Pauling: Ja, ich nehme aber an, daß wenn ein stark gerüstetes Westdeutschland versuchen würde, einen Krieg zu provozieren, die USA dagegen wären und wegen einer solchen Dummheit nicht zur Vernichtung schreiten würden. Aber ich kann nicht glauben, daß das passieren wird. Sie wissen, daß die Vereinigten Staaten großes Interesse für Westdeutschland haben und Westdeutschland schützen wollen. Ich glaube daher, daß die USA Westdeutschland nur dann aufgeben würden, wenn Westdeutschland gegen die Vernunft handeln würde.

BLSV: Wir haben vorher bereits gesagt, daß auch wir der gleichen Überzeugung sind und unseren Landsleuten auch sagen, daß es gegen den Atomkrieg mit Superbomben, gerade in Mitteleuropa, keinen Schutz gibt. Wir vertreten aber auch die Meinung, daß es nach bisherigen Beispielen vielleicht auch noch andere Katastrophen und Verwicklungen in Mitteleuropa ohne Superbomben geben könnte. Und in diesem Falle glauben wir, daß es noch sinnvoll ist, genauso wie man gegen andere Katastrophen Schutz vorbereitet, alles zu tun, um möglichst viele Menschenleben zu retten und zu erhalten. Das ist unsere Idee.

Pauling: Ja, ich verstehe, ich meine aber, daß diese Idee einen Fehler enthält, und zwar glaube ich, daß 500 000 Menschen in der Bundeswehr gar nichts gegen die Sowjetunion bedeuten, weil diese über die großen Atomwaffen verfügt.

Und nun fragen Sie mich nach meiner Meinung über Selbstschutz und Zivilverteidigung. Gegen einen Angriff mit

einer 20 Megatonnenbombe gibt es keine zivile Verteidigung, außer vielleicht in äußersten Randgebieten, wo vielleicht ein paar tausend Menschen in Schutzräumen überleben könnten. Wenn die Bombe noch etwas größer wäre, dann würden auch diese sterben, selbst im Schutzraum und sogar noch 100 bis 150 km vom Zentrum der Explosion entfernt. Wahrscheinlich würden Millionen von Menschen sterben mit und ohne Schutzräume. Ich finde daher, daß man nicht Unsummen von Geld für nutzlose Zivilverteidigung ausgeben sollte.

BLSV: Gelten Ihre Ansichten nur unter der Voraussetzung eines totalen Vernichtungsschlages?

Pauling: Ja, ich habe schon vorher gesagt, daß ich nicht an die Möglichkeit eines begrenzten Krieges glaube. Es gibt auch in den USA Wissenschaftler, die für die Idee des begrenzten Krieges waren. Jetzt haben sie diesen Gedanken im allgemeinen aufgegeben. Sie haben alles genau durchdacht und sind zu dem Resultat gekommen, daß die Wahrscheinlichkeit äußerst gering ist, daß die Sowjetunion ohne Einsatz der großen Atomwaffen sich dem Untergang preisgeben würde. Ich bin natürlich nicht ganz sicher, ob das, was ich sage, richtig ist, aber ich glaube, daß ich Vernunft besitze. Deshalb kann ich nicht glauben, daß auch die Vereinigten Staaten dem Untergang entgehen würden in einem Krieg, ohne daß die großen Atomwaffen eingesetzt würden. Das alles würde zwangsläufig die Vernichtung der USA, Rußlands, Europas und anderer Weltteile bedeuten. Wir dürfen daher die Gefahr nicht vergrößern. Ich fürchte, und zu Hause in Amerika habe ich das auch gesagt, daß, wenn wir große Anstrengungen auch in der zivilen Verteidigung machen, die Gefahr eben größer wird, weil das Volk dadurch ein falsches Sicherheitsgefühl bekommen wird. Das habe ich auch gesagt und darüber mehrere Artikel geschrieben, die veröffentlicht wurden.

BLSV: Meinen Sie, auch wenn man, wie es der Bundesluftschutzverband in

Wort und Schrift tut, die Bevölkerung aufklärt, über die katastrophalen Folgen eines Atomkrieges, daß der Zivilschutz trotzdem „ein Schwindel“ ist?

Pauling: Ja, wenn man das Risiko eines unbegrenzten Krieges einkalkuliert, sollte man nach meiner Meinung nichts auf dem Gebiete der zivilen Verteidigung unternehmen. Wissen Sie, ich bin im Staate Oregon geboren, dieser liegt am Stillen Ozean. Und in Oregon haben die zuständigen Behörden beschlossen, für die zivile Verteidigung in Oregon nichts zu unternehmen. Das ist offiziell und auch in anderen Teilen der Vereinigten Staaten so. Ich glaube, es ist vernünftig, kein Geld für die zivile Verteidigung auszugeben. Man sollte mit anderen Methoden für die Sicherheit der Menschheit arbeiten.

BLSV: Recht herzlichen Dank, Herr Professor.

★

Aus den Vorträgen Prof. Paulings wie auch aus diesem Interview geht ganz klar folgendes hervor:

1. Professor Pauling kennt nur eine einzige Alternative, und zwar den totalen, weltumfassenden Atomkrieg mit einer Unzahl von Superbomben. Unter diesem Aspekt hält er jeden Zivilschutz für unwirksam.

2. Er ignoriert die Möglichkeit eines begrenzten Krieges mit konventionellen und taktischen Atomwaffen in Mitteleuropa. Die Frage, ob für einen solchen Fall Zivilschutzmaßnahmen sinnvoll und berechtigt seien, beantwortete er nicht.

3. Er hält jede Zivilverteidigung für eine Art „Militarismus“ und für eine Gefahr, da nach seiner Meinung durch Aufklärung der Bevölkerung über Zivilschutzmaßnahmen die Menschen zu einem falschen Gefühl der Sicherheit hingeführt würden.


In der Konsequenz bedeutet das, daß Prof. Pauling um dieser Auffassung willen lieber in Kauf nehmen würde, daß zahllose Menschen bei Katastrophen ums Leben kommen, gegen die sie hätten geschützt werden können.

Schnell, sicher, mühelos helfen mit LUKAS



bei allen Arbeiten, die hohe Druck- oder Zugkraft erfordern. Universal-Hydro-Werkzeuge LUKAS in Leichtmetallausführung mit Druckkräften bis zu 200 t arbeiten mit 450 at Betriebsdruck. Deshalb sind sie klein, leicht und handlich.

Das Universal Hydro-Werkzeug LUKAS hat sich im Einsatz bei allen Arbeiten bewährt, für die hohe Druck- oder Zugkraft notwendig ist. Einige Anwendungsbeispiele: Abstützen von Trägern, Mauern usw.; Anheben von schweren Lasten; Aufgleisen von Schienenfahrzeugen; Biegen dickwandiger Rohre; Schieben, Ziehen und Heben von Brücken- od. Gebäudeteilen, Steinblöcken und allen anderen schweren Lasten s. Abb.

 **FRIESEKE & HOEPFNER GMBH**
852 Erlangen-Bruck

Für den Einbau von LUKAS-Pressen in Vorrichtungen, Spezial-Preßanlagen und Preßrahmen beraten wir Sie gern. Unser kostenloses, 120 Seiten starkes LUKAS-Handbuch gibt Ihnen wertvolle Anregungen. Bitte senden Sie uns den untenstehenden Gutschein.

GUTSCHEIN FÜR LUKAS-HANDBUCH

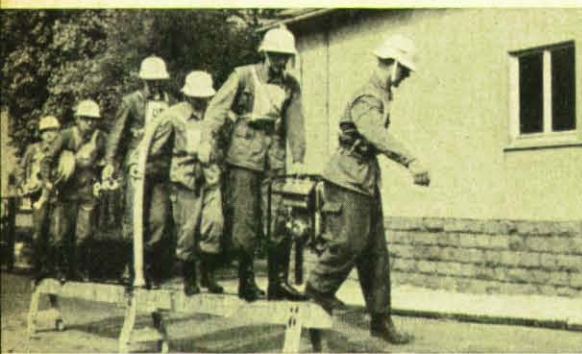
NAME:

ZEICHEN:

ANSCHRIFT:



Oben und unten: Die Staffeln beim Training. Rechts: Zum Empfang der Sieger auf dem Hauptbahnhof bei der Rückkehr von Hamburg war auch Beigeordneter Dr. Hans Jung (3. von links, im hellen Anzug) erschienen.



Wie wir in Hamburg erster Sieger wurden

Rückschau eines Kaiserslauterner Selbstschutzzuges



(Fortsetzung von Seite 27)

4. Er ist gegen eine Vernichtung der vorhandenen Atomwaffenbestände in Ost und West, solange der Friede in der Welt nicht endgültig gesichert ist. Diesen Auffassungen steht ein eindeutiger, auf realer Betrachtungsweise der Weltlage beruhender Standpunkt der Verfechter des Zivilschutzgedankens gegenüber: Man soll das eine tun und das andere nicht lassen, d. h., man muß mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für den Frieden in der Welt und für die Völkerverständigung arbeiten. Solange jedoch die Bedrohung durch die Waffenarsenale in aller Welt besteht und damit die Gefahr eines Krieges gegeben ist (und sei es auch nur ein „Krieg aus Versehen“!), müssen alle Mittel und Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um einen größtmöglichen Schutz für unsere Zivilbevölkerung zu erreichen. Es wäre eine unverzeihliche Fahrlässigkeit, wollte man nur auf den Extremfall des weltumfassenden Atomkrieges starren und darüber alle anderen Möglichkeiten vergessen, gegenüber denen ein Schutz sehr wohl möglich ist. Deshalb müssen wir auch eine Haltung ablehnen, die nach dem alten Rezept „Der Zweck heiligt die Mittel“ eine sachliche Erörterung aller Möglichkeiten außer acht und nur das Schreckensbild des Extremfalles gelten läßt, um so die Bevölkerung leichter für die eigenen, wenn auch noch so idealen Ziele zu gewinnen.

Dank des Bundesinnenministers

Der Bundesminister des Innern, Hermann Höcherl, richtete an den Präsidenten des Bundesluftschutzverbandes, Oberstadtdirektor Heinz-Robert Kuhn, folgendes Schreiben:

„Sehr geehrter Herr Präsident!

Nach Abschluß des Helfertages 1964 in Hamburg ist es mir ein dringendes Bedürfnis, Ihnen meinen herzlichsten Dank für Ihre Arbeit bei den Vorbereitungen dieser eindrucksvollen Veranstaltung und für die erfolgreiche Durchführung zu übermitteln. Dieser Dank gilt selbstverständlich auch dem gesamten Vorstand und den Bediensteten des Verbandes sowie dem Organisationsstab in Hamburg. Vor allem aber möchte ich mit diesem Schreiben nochmals die vielen tausend freiwilligen Helferinnen und Helfer ehren, die sich ohne Rücksicht auf zeitliche und materielle Opfer dieser großartigen Demonstration des Selbstschutzes und des Helfenwollens zur Verfügung gestellt haben.

Ich möchte nicht meine Worte wiederholen, die ich den freiwilligen Helfern auf dem Heiligengeistfeld zugerufen habe, aber ich darf an dieser Stelle nochmals sagen, daß mich die Veranstaltung und die durch sie zum Ausdruck gebrachte Bereitschaft zu freiwilliger Nächstenhilfe immer wieder stark beeindruckt hat. Diese Kundgebung dürfte als großer Erfolg des Verbandes und als wertvoller Beitrag zu den Diskussionen um die Notstandsgesetzgebung anzusehen sein. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie meinen Dank auch den ehren- und hauptamtlichen Mitarbeitern des BLSV und allen am Helfertag mitwirkenden freiwilligen Helfern des Selbstschutzes übermitteln könnten.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr sehr ergebener

(Hermann Höcherl)

Die Lauterer sind nicht so schnell zu begeistern. Wenn sie sich jedoch für eine Sache entschieden haben, dann treten sie ganz dafür ein. Dieser Ausspruch unseres 1. Beigeordneten Dr. Jung und die eigenen Erfahrungen trugen dazu bei, in gelassener Ruhe nach dem Motto zu verfahren: „Immer herankommen lassen!“ Das, was sich in Hamburg abwickeln und wie es sich abwickeln sollte, kam immer klarer zum Vorschein. Der Schwerpunkt unserer Überlegungen wendete sich mehr und mehr dem Selbstschutzzug zu, der in Hamburg antreten sollte. Alle Helfer wollten mitmachen. Letztlich konnten aber nur 19 Helfer im Zug antreten.

Die Sichtung der vorhandenen Kräfte mußte erfolgen, wobei viele Punkte zu beachten waren. Das größte Augenmerk wurde auf die menschliche Seite, auf das charakterliche Verhalten gelegt. Dann galt es den Ausbildungsstand laut Kartei und auch in der Praxis zu überprüfen. Es entstand eine gedankliche Konzeption über die personelle Zusammenstellung des Zuges und über die besonderen Dinge der rein fachlichen Ausbildung und Vorbereitung der Teilnehmer.

Eine Besprechung der Mitarbeiter brachte dann die Lawine ins Rollen. Es wurde festgelegt, wer die Ausbildung der einzelnen Staffeln übernimmt. Bei der nächsten Zusammenkunft der Helfer klärte es sich, wer in welcher Staffel mitmachen wollte. Natürlich hatten alle die Grundausbildung, aber die Fachausbildung war immer noch zurückgestellt worden, weil gewisse Voraussetzungen, die zur Durchführung eines Fachlehrganges am Ort erforderlich sind, einfach fehlten. Improvisieren wollten wir nur, wenn es unumgänglich war. Jetzt mußte es sein.

Am 4. April 1964 wurde die Fachausbildung begonnen. Am 25. April 1964 wurde sie abgeschlossen. Jeder Teilnehmer des Zuges und etliche Ersatzleute hatten den erforderlichen Fachlehrgang besucht. Mit Rücksicht auf die beruflichen Belange der Teilnehmer erfolgte die praktische Ausbildung nur an den Wochenenden. Trotzdem forderte der Alltag seine Zugeständnisse. Es war einfach nicht möglich, den Zug zweimal hintereinander an den Wochenenden in der gleichen Zusammensetzung aufzustellen. Blinddarmoperation, Verstauchung, Unabkömmlichkeit am Arbeitsplatz, Urlaub der Familie, ja sogar der moralische Kater, mußten berücksichtigt werden. Einen Zug auszubilden, ist kein Problem. Es kann aber eines werden, wenn eine bestimmte Leistungstärke von einer bestimmten Anzahl Helfern zu einem bestimmten Zeitpunkt erreicht werden soll. Es erwies sich als sehr wichtig, daß jede Staffel einen ständigen Ausbilder bekam (nicht der Staffelführer). Er war vom Beginn des Fachlehrganges an bis zur Abfahrt nach Hamburg bei der Staffel. Zweifels- ohne wurden damit ein Gleichmaß der Ausbildung und ein guter menschlicher Kontakt geschaffen. Wir haben aber auch gesehen, daß beim Einsatz eines „fremden“ Ausbilders Unruhe in die Staffel getragen wurde; eine leistungsfördernde Unruhe! Der „fremde“ Ausbilder sah und benannte Fehlerquellen

des einzelnen, die zwar Zündstoff bildeten, aber damit auch neue Impulse für den weiteren Ausbau zu einer positiven Gesamtleistung brachten.

„Auf Wiedersehen und Sie geben mir Bescheid, wenn es in Hamburg klappen sollte.“ Das waren die Worte, die mir unser Organisationsleiter sagte, als wir uns am Donnerstag, dem 28. Mai 1964, vor dem Hauptbahnhof in Kaiserslautern trennten. Wir hatten gerade dem Selbstschutzzug für seine Fahrt nach Hamburg viel Erfolg und eine gute Fahrt gewünscht. Er war optimistisch. Ich teilte zwar seinen Eindruck, war jedoch etwas zurückhaltender. Ohne Zweifel, die Helferinnen und Helfer des Selbstschutzzuges hatten uns in ihrer Gesamtheit einen positiven Eindruck vermittelt. Jetzt in dieser Stunde konnten wir noch nicht ahnen, daß sie Sieger im Bundeswettkampf der Selbstschutzzüge werden würden. Vor acht Tagen noch waren wir beide gar nicht zufrieden. Selbst am Dienstag, als wir den letzten Übungsabend benutzten, um einzelne Passagen des Wettkampfablaufes noch einmal zu üben bzw. durchzusprechen, fehlten zwei Helfer und ein dritter brachte uns die Nachricht, daß er nicht mitfahren könne, weil sein Arbeitgeber ihn dringend benötige.

All diese Klippen wurden genommen. Die Fahrt nach Hamburg hatte begonnen. Ein gutes fachliches Können befand sich im Reisegepäck. Zu beweisen hatte sich jetzt der Mensch. Der Wettkampf gab Gelegenheit dazu. Es ging nicht alles glatt.

Durch einen unglücklichen Umstand wurde, Minuten vor dem Start, noch eine Umstellung vorgenommen (sie war eigentlich nicht erforderlich). Ein Reservemann kam in die Rettungsstaffel. Kaum hatte der Wettkampf begonnen, verletzte sich einer der Teilnehmer am Knie so erheblich, daß er zwar die Übung bis zum Schluß mitmachte, dann aber dem Arzt zugeführt werden mußte. Trotzdem bewahrten alle Haltung, und der Zug wurde in seiner guten Zusammenarbeit nicht behindert. Nach der Übung wußten zwar alle Teilnehmer, was sie hätten noch besser machen können, aber der Wettkampf war beendet. Zurück blieben die Spannung und die Frage: Wer ist Sieger geworden und auf welchem Platz liegen wir?

Die Spannung erreichte ihren Höhepunkt, als der Zugführer des Kaiserslauterer Selbstschutzzuges mit zwei anderen Zugführern zur Tribüne geholt wurde. Dann hörten alle, daß der Kaiserslauterer Selbstschutzzug im Bundeswettkampf der Selbstschutzzüge 1964 erster Sieger geworden war.

Große Freude herrschte naturgemäß bei den Teilnehmern des siegreichen Selbstschutzzuges, vor allem als sie bei der Rückkehr auf dem heimatlichen Bahnhof vom Beigeordneten Dr. Jung mit herzlichen Worten der Anerkennung und einem großen Blumenstrauß empfangen wurden.

Möge Hamburg, das Tor zur Welt, auch die Eingangspforte gewesen sein für alle diejenigen, die heute noch nicht den Weg zum Selbstschutz gefunden haben.

Erich Heinrich

Bei der **Stadt Cuxhaven** ist die Stelle eines

Sachbearbeiters

für den örtlichen
Luftschutzhilfsdienst

zu besetzen. Vergütung nach BAT V b bzw. V a, Ortsklasse S.

Das Aufgabengebiet umfaßt im wesentlichen die Anwerbung und Einstellung von Helfern und Führungskräften für den LSHD, die Durchführung von Ausbildungsveranstaltungen, die Verwaltung von Fahrzeugen, Geräten, ortsfesten Einrichtungen und Anlagen des LSHD sowie die Kontaktpflege mit den örtlichen Organisationen, Verwaltungen und Betrieben. Die Aufgaben erfordern gute Fähigkeiten in der Menschenführung, Organisations-talent und Kenntnisse auf dem Gebiet des zivilen Bevölkerungsschutzes. Eine technische Ausbildung ist erwünscht.

Bewerbungen mit ausführlichem handgeschriebenen Lebenslauf, Lichtbild und Zeugnisabschriften sind unter Angabe von Referenzen und der jetzigen Tätigkeit zu richten an das

Personalamt der Stadt Cuxhaven

SELBSTSCHUTZGERÄTE gibt es viele, aber wo sind sie so preiswert wie diese?

Alle Geräte für den zivilen Bevölkerungsschutz! Alles für den Betriebs- und Behördenselbstschutz!

- Schutzbekleidung
- Schutzraum-Ausstattung
- Geräte für die Selbstbefreiung,
- Brandbekämpfung,
- Rettungs- und Laienhilfe
- Selbstschutzzug-Geräte und -Ausrüstung
- Außerst preiswert! – Frachtfrei!

Strahlenschutzrechner Prof. BUEHL zur zuverlässigen Auswertung von Meßergebnissen nach evtl. Kernwaffenexplosionen

ALLES AUS EINER HAND! Oder wollen Sie zeitraubend, mühsam und kostensteigernd die vielen Hersteller sich selber suchen? Fordern Sie Angebote vom Fachmann!

HEINRICH KAESS 544 MAYEN
Technischer Kaufmann
Luftschutzlehrer
Konner Paradies 2 Postfach 32

Im WOHLSTAND an den NOTSTAND denken!

Musik

mit 1000fach bewährten „Akkord“-Transistoren
Auch für PKW geeignet
Teilzahlung bis 24 Raten
Viele Modelle, Fabrikate und Preislagen Großzüg.
Umtauschrecht - Fordern Sie Katalog W 26

ELEKTRO-NÖTHEL 34 Göttingen
Kasseler Landstr. 90





Landesstellen berichten

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Besuch einer schwedischen Zivilschutzdelegation

Im Anschluß an den Helfertag in Hamburg besuchte eine Delegation des schwedischen Zivilschutzes unter Leitung von Bürgermeister Hilding Hjelmberg, Katrinenholm, die Ortsstelle des BLSV in Lübeck.

In Begleitung des Landesstellenleiters Dr. Lennartz führten die Gäste an die Zonengrenze bei Schlutup, von da aus nach Ascheberg zur BLSV-Landesschule von Schleswig-Holstein.

Die Besichtigung der Schule mit ihren Ausbildungseinrichtungen beeindruckte die Schweden sehr. Besondere Beachtung wurde den Anlagen für die Rettungshundausbildung entgegengebracht.

Anschließend fand ein reger Gedankenaustausch statt, der für beide Seiten recht fruchtbar war und mit dem Wunsche der Gäste endete, eine Abordnung des BLSV aus Schleswig-Holstein gelegentlich in Schweden begrüßen zu können.

Die Rückfahrt nach Lübeck führte durch die ostholsteinische Landschaft und bildete den Abschluß des Tages.

Die Schweden äußerten sich sehr lobend über alles, was sie während ihres Besuchs beim BLSV in Schleswig-Holstein gesehen und gehört hatten.

BREMEN

BLSV-Helfer betreuen Schutzbunker

Im Laufe der letzten Jahre wurde in Bremen bereits ein großer Teil der Schutzbunker des 2. Weltkrieges instand gesetzt. Es ist selbstverständlich, daß diese Schutzbunker in regelmäßigen Abständen betreut werden müssen, um aufgetretene Mängel rechtzeitig festzustellen und dem Senator für Inneres als örtlichem Luftschutzleiter zu melden, damit von dort Abhilfe geschaffen wird. Für diese Betreuungsaufgabe haben sich bisher 34 ehrenamtliche Helfer des Bundesluftschutzverbandes zur Verfügung gestellt. Ihnen wurde im Einvernehmen mit dem Landesstellenleiter die Betreuung dieser Schutzbunker übertragen.

Diese BLSV-Helfer sind daher befugt, die betreffenden Schutzbunker jederzeit zu betreten, und wurden gebeten, diese Bunker einmal im Monat zu kontrollieren. Dabei achten sie darauf, ob sich alle Türen öffnen lassen, Beleuchtung und Belüftungsanlage intakt sind, keine Wasserrohrbrüche vorliegen oder andere Schäden aufgetreten sind, die eine eventuelle Inanspruchnahme der Bunker erschweren könnten. Über die etwaigen Mängel geben sie einen kurzen Prüfungsbericht an ihren zuständigen BLSV-Abschnittsstellenleiter, der ihn auf dem Dienstweg über den LS-Abschnittsleiter an den örtlichen Luftschutzleiter weiterleitet.

Diese Tätigkeit unserer ehrenamtlichen Helfer stellt eine echte Betreuungsaufgabe

dar und trägt dazu bei, das Vertrauen, das die Bevölkerung für den Bundesluftschutzverband als Betreuungsorganisation des Selbstschutzes hegt, zu vertiefen. Wir sollten bemüht sein, bei jeder sich bietenden Gelegenheit der Öffentlichkeit zu beweisen, daß unsere BLSV-Helfer nicht nur von Hilfsbereitschaft reden, sondern auch danach handeln und sich in diesem Sinne bereits in Friedenszeiten bewähren.

Landesstellenleiter dankt den Teilnehmern am Helfertag

Landesstellenleiter Ludwig Müller nimmt den Erfolg des Helfertages zum Anlaß, allen Helferinnen und Helfern zu danken, die daran teilgenommen haben. Sein besonderer Dank gilt dem Personenkreis, der am Helfertag aktiv mitgewirkt hat, und den Helfern, die durch den Verkauf der Festplakette und der Festschrift für die Gestaltung des Helfertages eine finanzielle Beihilfe geleistet haben.

Die Helferinnen und Helfer, die sich auf die Bundeswettkämpfe vorbereiteten, haben auf so manchen geruhsamen Sonntag verzichtet und sich einer Tätigkeit unterzogen, die teilweise unter ungünstigen Witterungsverhältnissen körperlich sehr anstrengend war und ein hohes Maß an Umsicht und Zusammenarbeit erforderte. Auf den fachlich einwandfreien Ablauf der vorgeschriebenen Übungen der Selbstschutzzüge wurde von der Landesstelle besonderer Wert gelegt. Der Erfolg blieb nicht aus. So konnte z. B. einer unserer Selbstschutzzüge unter 50 Selbstschutzzügen den dreizehnten Platz im Wettbewerb erringen. Das war nur durch eine ausgezeichnete kameradschaftliche Zusammenarbeit möglich. Die jüngste Teilnehmerin war 16 Jahre jung, und der älteste Helfer vollendete im Juni das 73. Lebensjahr.

Bundestagsabgeordneter Hansing besucht BLSV-Landesschule

Mitte Mai besichtigten der Präsident des Bundesluftschutzverbandes, Oberstadtdirektor Heinz-Robert Kuhn, und das Geschäftsführende Vorstandsmitglied des BLSV, Leitender Regierungsdirektor Wolfgang Fritze, die BLSV-Landesschule Bremen in Ritterhude. Gemeinsam mit dem Bundestagsabgeordneten Hermann Hansing (SPD) ließen sie sich die Ausbildungs- und Übungseinrichtungen zeigen. Besondere Aufmerksamkeit fanden die Aufbauten, die für die Vorbereitung auf die Bundeswettkämpfe der Selbstschutzzüge am Helfertag 1964 von den BLSV-Helfern im Eigenbau erstellt worden waren.

Landesstellenleiter Ludwig Müller wies auf dem Übungsgelände der Landesschule auf die vielfältigen Gegebenheiten hin, die es dem Bundesluftschutzverband möglich machen, seinen gesetzlichen Auftrag, den Selbstschutz der Zivilbevölkerung zu betreiben, auch auf dem Sektor Ausbildung zu erfüllen. Das besondere Interesse des Bundestagsabgeordneten galt den Selbstschutzzügen, ihrer Ausrüstung und ihrer vielfältigen Einsatzmöglichkeit bei Naturkatastrophen, bei technisch bedingten Notständen und im Verteidigungsfall. MdB Hansing informierte sich eingehend über den Aufbauzustand des Selbstschutzes in Bremen und sprach sich über die Tätigkeit des Bundesluftschutzverbandes als Betreuungsorganisation des Selbstschutzes anerkennend aus.

NORDRHEIN-WESTFALEN

Feierliche Verpflichtung von Helfern des Erweiterten Selbstschutzes

Nachdem im vergangenen Jahr rd. 60 Bedienstete der Stadtverwaltung Beuel die Grundausbildung in Erster Hilfe und zuvor die Selbstschutz-Grundausbildung abgeschlossen hatten, erfolgte vor kurzem die Verpflichtung dieser Helferinnen und Helfer durch den Stadtdirektor Brock im großen Saal des Beueler Rathauses. Die Verpflichtung wurde schriftlich und durch Handschlag vollzogen. Dadurch erklärten sich die Helfer des Betriebselbstschutzes der Stadtverwaltung bereit, im Selbstschutz der Beueler Stadtverwaltung freiwillig mitzuarbeiten sowie ehrenamtliche Hilfe bei sonstigen Aufgaben der Zivilverteidigung zu leisten. Die Bedeutung und Tragweite dieses Entschlusses wurden durch Ansprachen von Stadtdirektor Brock und Beigeordnetem Bücher herausgestellt.

Dann unterstrich BLSV-Kreisstellenleiter Liefänder das Beispielhafte dieses Verpflichtungsaktes, der sich zwangsläufig aus der Bereitstellung und Ausbildung der Einsatzkräfte ergebe. Das vorbildliche Beueler Beispiel verdiene mit Erfolg diskutiert zu werden. Nach dem Motto: „Braucht Selbstschutz ein Gesetz?“ erklärte er dann den bisherigen Gesetzgebungsgang, dem — bedingt durch die weltpolitische Lage und den Stand der militärischen Forschung und Technik — nunmehr weitere entscheidende Schritte in der neuen Selbstschutz- und Notstandsgesetzgebung folgen müßten. In diesem Zusammenhang gab Liefänder eine kurze Interpretierung des Selbstschutz-Gesetzes, soweit die Pflichten von Gemeinde, örtlichem Luftschutzleiter und Selbstschutzpflichtigen sowie die Zusammenarbeit mit dem BLSV darin niedergelegt sind. Besonders aufschlußreich für die zukünftigen gemeinsamen Aufgaben von Stadt und BLSV war der folgende Ausblick: Bei 33 000 Einwohnern der Stadt Beuel muß mit wenigstens 20 000 Selbstschutz-Pflichtigen gerechnet werden. Legt man für diesen Kreis eine 10stündige Grundausbildung zugrunde, die in Tageslehrgängen zu je 20 Teilnehmern erfolgt, so dauert diese Elementarausbildung oder Mindest-Unterweisung, bei täglich einem Lehrgang, für die Stadt Beuel allein 3 1/2 Jahre. Dabei bleiben die nachgewiesenen 3 1/2 Jahrgänge (bis zum 16. Lebensjahr) unberücksichtigt, ferner die natürliche Zuwachsrate und der baulich bedingte Zuzug. Die weiterführende Ausbildung der Führungskräfte ist hierbei ebenfalls nicht in Ansatz gebracht worden. Allein 3 bis 3 1/2 Tausend Se-Warte sind in Zukunft in Beuel zu verpflichten und speziell auszubilden. Angesichts dieser Perspektiven richtete der BLSV-Kreisstellenleiter abschließend an die Verwaltung und Helfer den dringenden Appell, die bisherige Zusammenarbeit noch enger zu gestalten. Die Zusagen und der Aufruf des Stadtdirektors stimmten in dieser Hinsicht optimistisch, zumal eine Ankündigung von Gerätebeschaffungen für 1965 damit verbunden ist.

Im großen Saal des Beueler Rathauses verpflichtete Stadtdirektor Brock die Helferinnen und Helfer des Erweiterten Selbstschutzes.





An der vom Handel und Handwerk der Stadt Wattenscheid durchgeführten Leistungsschau in der neuen Stadthalle vom 16. bis 24. Mai war auch der Bundesluftschutzverband mit einer Ausstellungskoje beteiligt. Gezeigt wurde das Großbild „Der Selbstschutzzug“ mit dem dazugehörigen Gerät. Zahlreiche Beispiele demonstrieren, was der einzelne an Vorsorgemaßnahmen im häuslichen Bereich treffen kann. Die Ausstellungskoje wurde von etwa 11 000 Personen besucht. Die in einem Nebenraum gezeigten LS-Filme wiesen eine Besucherzahl von etwa 2500 Personen auf. Für die Mitarbeit im zivilen Bevölkerungsschutz konnten 90 Besucher gewonnen werden.

Fahrbare Ausstellung warb über 300 Mitarbeiter

Nach den erfolgreichen Einsätzen der fahrbaren Ausstellung im Spätherbst 1963 in Castrop-Rauxel, Wanne-Eickel, Herne und Wattenscheid konnte die Landesstelle die Ausstellung in den Monaten März und April erneut einsetzen. In folgenden Orten wurde für den Selbstschutz gewonnen: Köln (vier Einsatzplätze), Rheinhausen, Moers, Oberhausen und Duisburg.

Um dem Ausstellungswagen größere Aufmerksamkeit zu verleihen, wurden die Basisorganisationen gebeten, sich ebenfalls an der Ausstellung zu beteiligen.

Durch ihre Teilnahme konnte der Bevölkerung gezeigt werden, daß der Bundesluftschutzverband gemeinsam mit diesen Organisationen an der großen Aufgabe „Ziviler Bevölkerungsschutz“ mitwirkt. In einem Sonderzelt zeigten die Dienststellen des BLSV die Geräte des Selbstschutzzuges. Hier wurden die vielen Kontaktgespräche geführt, die zu einem guten Werbeerfolg führten. Insgesamt haben 21 000 Personen die Ausstellung besucht. 316 Personen wurden für die Mitarbeit im Bundesluftschutzverband oder Selbstschutz gewonnen.

HESSEN

Hessische Se-Züge beim Bundeswettbewerb in Hamburg

Bereits kurz nach Erscheinen der Bedingungen für die Wettkämpfe der Selbstschutzzüge in Hamburg war die Landesstelle Hessen bereit, 10 Züge für diese Großveranstaltung zu stellen. Infolge der so zahlreichen Meldungen aus dem gesamten Bundesgebiet und der kurzen Zeit, die bis zu dem Wettkampf zur Verfügung stand, mußte die Zahl der hessischen Se-Züge leider auf 5 reduziert werden. Hier eine gerechte Entscheidung zu treffen, hat der Landesstelle manches Kopfzerbrechen bereitet, und die Zahl der enttäuschten Helfer war groß. Schließlich wurden die nachstehend genannten Dienststellen beauftragt, je einen Selbstschutzzug für den „Bundeswettbewerb der Selbstschutzzüge“ aufzustellen: BLSV-Ortsstellen Darmstadt und Wiesbaden, BLSV-Kreisstellen Alsfeld, Dillenburg und Maintaunus.

Der Trainingseifer der hessischen Züge war überall gleich groß und die Leistungen beachtenswert. Jedoch muß der Se-Zug der Ortsstelle Darmstadt besonders hervorgehoben werden. Er hatte folgende Besetzung:

Sepp Klaus	21 Jahre
Olaf Magnus	20 Jahre
Manfred Sauer	20 Jahre

Kurt Ausfelder	17 Jahre
Bernd Lasser	17 Jahre
Peter Hofmann	43 Jahre
Werner Nebel	22 Jahre
Siegfried Schäfer	18 Jahre
Johanna Dengler	41 Jahre
Peter Dengler	18 Jahre
Peter Stammler	19 Jahre
Rolf Reitz	21 Jahre
Erna Pebler	38 Jahre
Jürgen Heid	18 Jahre
Dieter Lehné	17 Jahre
Hans v. Muldau	29 Jahre
Winfried Benner	22 Jahre
Erwin Hüselitz	17 Jahre
Heinrich Meyer	60 Jahre

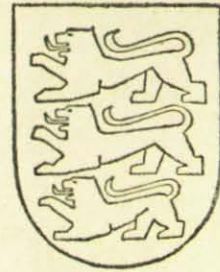
Der Betreuer des Zuges war Willy Roth, der Zugführer Heinrich Meyer. Interessant ist die berufliche Zusammensetzung; sie reichte vom Schüler über den Studenten, städtischen Arbeiter, die Verwaltungsangestellte bis zum Betriebsleiter einer Elektronik-Fabrik. Sehr schwierig war die Innehaltung der Übungszeiten, da es trotz häufig angesetzter Trainingszeiten kaum möglich war, den ganzen Zug zu einer Übung zu vereinigen. Aber guter Wille und außerordentlicher Eifer aller Beteiligten ließen eine gute Wettkampfleistung erwarten. Besondere Verdienste um die Staffeln haben sich Willy Roth, Heinrich Meyer und der Fachlehrer Rettung Horst Dannhauser erworben. Frau Dengler hatte mit Erfolg die Ausbildung der Laienhelferstaffel übernommen. So konnte der Darmstädter Zug gut vorbereitet und ohne Nervosität den großen Ereignissen in Hamburg entgegensehen.

Die Wettkampfergebnisse bestätigten die Erwartungen, die man in Hessen in diesen Se-Zug gesetzt hatte. Mit 432 Punkten lag der Darmstädter Zug nach Kaiserslautern im Bundesgebiet an 2. Stelle, und nur 1 Punkt trennte ihn von dem 1. Sieger.

Seine Rettungsstaffel — Staffelführer Peter Hofmann — belegte unter den insgesamt 50 Staffeln des Bundesgebietes sogar mit 169 Punkten den 1. Platz. Auch Laienhelfer- und Kraftspritzenstaffel gaben ihr Bestes. So führten eine ausgewogene Mannschaftsleistung und ein Kameradschaftsgeist zu diesem ausgezeichneten Ergebnis.

In einer Nachtübung wird der Darmstädter Selbstschutz in Kürze den Darmstädter Sicherheitsbeamten vorgestellt werden und in einer Vorführung der Hamburger Wettkampfübungen Zeugnis ablegen, zu welchen Leistungen der Selbstschutzhelfer bei guter Ausbildung und vollem Einsatz seiner Person fähig ist.

WÜRTEMBERG BADEN-



Arbeitstagung in Stuttgart

Wie notwendig es ist, von Zeit zu Zeit Arbeitstagungen auf Landesebene durchzuführen, zeigte die Tagung in Stuttgart. Obwohl sie ganz unter dem Zeichen der Vorbereitungen für den Helfertag in Hamburg stand, ging aus den Diskussionen deutlich hervor, daß das Arbeitspensum nach dem Helfertag ebenfalls einen großen Einsatz erfordern wird. Landesstellenleiter Görnemann stellte dies in seinem Grundsatzreferat fest: „Der Helfertag Hamburg ist eine Bewährungsprobe des BLSV, die nachgreifende Arbeit wird eine Bewährungsprobe unserer führenden Helfer sein. Der Höhepunkt Hamburg ist kein Abschluß unserer Arbeit, er muß im Gegenteil der Beginn einer intensiven Arbeit sein. Wir haben den Helfertag unter das Motto: ‚Helfen können will gelernt sein‘ gestellt. Nun gilt es zu beweisen, daß wir imstande sind, das Helfen auch wirklich zu lehren und unsere Mitmenschen zu überzeugen, daß sie es lernen müssen.“

Viele Themen, sowohl die Ausbildung als auch die Aufklärung betreffend, wurden im Verlauf der Arbeitstagung behandelt. Fragen der Verwaltung erörterten eingehend Hauptsachgebietsleiter Krahn und Baumgarten. Gerade hier zeigte es sich, daß die Unterweisung der Dienststellenleiter in Personal- und Verwaltungsfragen noch manchen Wunsch offenläßt. Diese Lücke soll durch die vorgesehenen Verwaltungslehrgänge nach und nach geschlossen werden.

Se-Führungslehrgänge in Baden-Württemberg

Wenn die Devise: „Selbstschutz bis in das letzte Haus“ verwirklicht werden soll, so erfordert dies eine stets einsatzbereite Se-Führung in Stadt und Land. Diese kann aber ihre Aufgaben nur erfüllen, wenn sie entsprechend ausgewählt und gründlich ausgebildet ist. Dafür sind zahlreiche Se-Führungslehrgänge I und II (Land) an den BLSV-Landesschulen die unersetzliche Voraussetzung.

Im Land Baden-Württemberg werden diese Lehrgänge schon seit Jahren durchgeführt, und im 2. Halbjahr 1964 sind weitere vier derartige Ausbildungen vorgesehen. Sicherlich haben sich hierbei die Teilnehmer stets bemüht, ihrer bisher noch freiwillig übernommenen Führungsaufgabe gerecht zu werden. Aber die Erfahrung hat gezeigt, daß mancherlei Zusätzliches und vollkommen Neues an Stoff, außer dem eigentlichen Fachwissen, von dem Helfer und der Helferin gefordert werden muß. Ein möglicher Einsatz im Rahmen der Aufgaben einer Zivil-Verteidigung hat im Ernstfall nur noch wenig mit „Verwalten“ zu tun. Vielmehr ist entscheidend, daß die Se-Führungskräfte erkennen, welche Persönlichkeiten innerhalb ihres Luftschutzortes die vorgesehenen Posten, sei es im Haus, im Se-Block oder im Se-Bereich, verantwortungsbewußt ausfüllen können.

Die Landesschule Kreßbach ist stets bemüht, Lehrpersonal für diese besondere Se-Führungs-Ausbildung entsprechend einheitlich auszurichten und ebenso den für die Se-Organisation im Lande Baden-Württemberg erforderlichen Führungsstamm allmählich sicherzustellen. Es gilt also in gleicher Weise, um Quantität wie Qualität der Se-Führung bemüht zu bleiben.

RHEINLAND-PFALZ

D-Zug-Ausstellung besuchte Trier

Auf ihrer Reise durch die Bundesrepublik machte die D-Zug-Ausstellung des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz „Der kluge Mann baut vor“ in Trier Station.

Auf einer Pressekonferenz, zu der Sonderschau-Vorbereiter Hilpert eingeladen hatte, erschienen der Vertreter der Stadtverwaltung, Oberbaurat Körholz; des städt. Presseamtes, Degenhardt; der Bezirksregierung, Becker; des Landratsamtes, Seimetz; die Vertreter der Ortsstelle Trier, Jäger und Feller, sowie die Vertreter der beiden Tageszeitungen und der Deutschen Presseagentur, die in der Presse mit verschiedenen Artikeln auf die D-Zug-Ausstellung hinwiesen.

In einem in den Tageszeitungen veröffentlichten Aufruf des Oberbürgermeisters Harnisch hieß es wörtlich: „Das Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz gibt mit seiner Sonderzugausstellung auch der Trierer Bevölkerung aus Stadt und Land Gelegenheit, sich über Sinn und Aufgaben des zivilen Selbstschutzes eingehend zu orientieren. Es ist zu wünschen, daß recht viele Bürger aus Stadt und Kreis die Ausstellung besuchen und die Möglichkeiten nutzen, Klarheit über ein brennendes Problem unserer Zeit zu gewinnen.“

Der Leiter der Sonderschau, J. Weißenborn, begrüßte am Eröffnungstag neben zahlreichen Vertretern verschiedener Verbände und Organisationen auch die Vertreter der staatlichen und kommunalen Behörden und Verwaltungen, der Bundeswehr, der Wirtschaft sowie die Ratsmitglieder der Stadt. Die Ausstellung eröffnete in Vertretung der Stadt und des Oberbürgermeisters Oberbaurat Körholz; er betonte in seiner Begrüßungsansprache,

daß jede Regierung Vorsorgemaßnahmen für mögliche Katastrophen treffen müsse, auch wenn im Augenblick keine Kriegsgefahr besteht. Wirksamer Zivilschutz aber könne nur dann gewährleistet werden, wenn die gesamte Bevölkerung sich beteilige. Die Ausstellung in Trier werde hierfür; sie erwarte zwar keine Begeisterung, wohl aber ein verantwortungsbehaftetes Ja für diese Aufgabe. Der Südwestfunk, Landesstudio Rheinland-Pfalz, nahm die Ausstellung zum Anlaß für ein Gespräch mit zuständigen Vertretern des zivilen Bevölkerungsschutzes. Immicke

BAYERN

Der BLSV auf der HAFA

Mit 310 Ausstellern aus dem Ausland und der Bundesrepublik war die Hauswirtschaftliche Fachausstellung (HAFA) vom 25. April bis 3. Mai in Aschaffenburg das Ziel von 105 200 Besuchern. Träger dieser Lehrschaue war der Landesverband Bayern des Deutschen Hausfrauenverbandes. Die BLSV-Ortsstelle Aschaffenburg nutzte diese einmalige Gelegenheit, um in einer größeren Aufklärungsaktion auf eine breitere Bevölkerungsschicht, vorwiegend Hausfrauen, einzuwirken. Wie sehr dies gelungen ist, zeigte sich durch das Interesse, das die zahlreichen Besucher dem Ausstellungsstand des Bundesluftschutzverbandes (siehe unser Bild) entgegenbrachten. Die Besucherinnen, die aus dem nordbayerischen und südhessischen Raum nach Aschaffenburg zu dieser Ausstellung gekommen waren, äußerten wiederholt, daß man dem Bundesluftschutzverband für eine solche Aufklärung dankbar sein müsse. Diese Anerkennung war für die Ortsstelle Aschaffenburg mit ihrem Leiter Hartmann ein Lohn für ihren unermüdligen Einsatz.



Dem BLSV stand innerhalb der Lehrschaue eine 35 qm große Fläche für ihre Sonderschau zur Verfügung. Während der neuntägigen Ausstellung war der BLSV-Stand ständig mit vier bis sechs Helfern besetzt, die mit Beratungen, davon allein 1700 Einzelberatungen, und der Ausgabe von 25 000 Druckschriften alle Hände voll zu tun hatten. Von den 105 200 Besuchern der HAFA zeigte rund ein Drittel auch Interesse am Stand des Bundesluftschutzverbandes. Baumodelle von Schutzräumen, Strahlenmeßgeräte und die Selbstschutz-Ausrüstung demonstrierten den Besuchern, daß im Ernstfall eines atomaren Krieges Maßnahmen zum Schutze der Bevölkerung möglich und nötig sind. An vier Tagen war zusätzlich der Filmwagen der Landesstelle Hessen eingesetzt. Er wurde von 5215 Zuschauern besucht.

L. Stadler

Lehrgänge an der Bundesschule des BLSV in Waldbröl

Sonderlehrgang

vom 1. bis 4. September

Teilnehmer: Leiter, Lehrer und Fahrer der fahrbaren Schulen

Zweck: Information (Erfahrungsaustausch) Ausrichtung auf die Ausbildungsmethoden aller Gebiete. Überprüfung der Fahrzeuge und des Gerätes durch die Bundeshauptstelle

Sonderlehrgang für kleine Industriebetriebe vom 3. bis 4. September

Teilnehmer: Leitende Kräfte aus kleinen Industriebetrieben

Zweck: Einführung in die Selbstschutzaufgaben

Sonderlehrgang Postluftschutz vom 8. bis 11. September

Teilnehmer: Gruppenführer von Löschruppen des Postluftschutzes

Zweck: Ausbildung zu Führern von Löschruppen
Voraussetzung: Auswahl erfolgt durch das Bundespostministerium

Abschlußlehrgang Teil I vom 8. bis 11. September

Teilnehmer: BLSV-Helfer, die die Lehrberechtigung erwerben wollen

Zweck: Vorbereitung auf Teil II des Abschlußlehrganges

Voraussetzung: Fachlehrgänge ABC-Schutz I und Selbstschutzführung I, erfolgreich abgeschlossener Aufbaulehrgang und Fachlehrgang ABC-Schutz II

Fachlehrgang Selbstschutzführung II vom 8. bis 11. September

Teilnehmer: Bezirksstellenleiter, Ortsstellenleiter und Sachbearbeiter I aus

Orten über 30 000 Einwohner, Bereichs-, Abschnitts- und Teilabschnittsstellenleiter, leitende Führungs- und Ausbildungskräfte nach besonderer Aufforderung
Zweck: Fachausbildung in der Selbstschutzführung
Voraussetzung: Fachlehrgänge Selbstschutzführung I und ABC-Schutz II

Fachlehrgang Rettung (Rettungshunde) vom 8. bis 11. September

(Außenlehrgang der Bundesschule an der Landesschule Schleswig-Holstein)

Teilnehmer: Hundeführer aus dem norddeutschen Raum mit Hunden, die die Rettungshund-Prüfung ablegen sollen, sowie Ausbildungshelfer

Zweck: Abnahme der Rettungshund-Prüfungen

Voraussetzung: Erfolgreich abgeschlossene Rettungshund-Vorprüfung

Fachlehrgang ABC-Schutz II vom 8. bis 11. September

(Außenlehrgang der Bundesschule, Ort wird noch bekanntgegeben)

Teilnehmer: Luftschutzlehrer, leitende Ausbildungskräfte, Sachbearbeiter III und Hauptsachgebietsleiter, Teilabschnittsstellenleiter, Abschnitts- und Bereichsstellenleiter, Ortsstellenleiter aus Orten über 30 000 Einwohner, Bezirksstellenleiter.

Ausbilder, die sich auf den Abschlußlehrgang Teil I vorbereiten bzw. im Abschlußlehrgang erneut die Auflage zum Besuch dieses Lehrganges erhalten haben

Zweck: Vertiefung der Kenntnisse auf dem Gebiet ABC-Schutz

Voraussetzung: Aufbaulehrgang (Ausbildungskräfte), Fachlehrgänge (Führungskräfte)

Veranstaltungskalender

Das Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz führt vom September bis Dezember 1964 folgende Ausbildungsveranstaltungen durch:

- Ausbildungslehrgänge für Landräte bzw. Oberkreisdirektoren
vom 20.—22. Oktober 1964
vom 3.—5. November 1964
vom 24.—26. November 1964
vom 8.—10. Dezember 1964
- Ausbildungslehrgänge für örtliche LS-Leiter und deren Vertreter aus Orten mit über 5000 Einwohnern (ohne Orte nach § 9 [1] I. ZBG)
vom 6.—9. Oktober 1964
vom 13.—16. Oktober 1964
vom 27.—30. Oktober 1964
vom 10.—13. November 1964
vom 1.—4. Dezember 1964
vom 15.—18. Dezember 1964
- Planungseminare „Baulicher Luftschutz“ (Baulehrgänge) für Vertreter der staatlichen und kommunalen Bauverwaltungen
vom 15.—18. September 1964 (für Bauberater des BLSV)
vom 6.—9. Oktober 1964
vom 20.—23. Oktober 1964
vom 10.—13. November 1964
vom 24.—27. November 1964
vom 8.—11. Dezember 1964 (für Bauberater des BLSV)
- Informationstagungen für leitende Kräfte aus dem Industriebereich
vom 16.—18. September 1964
vom 14.—16. Oktober 1964
vom 4.—6. November 1964
vom 2.—4. Dezember 1964

Die Einladungen zu den Veranstaltungen sind durch das Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz an die jeweils beteiligten Behörden und Verbände ergangen.

Das interessiert den Landwirt

Hannover zeigte: Selbstschutz In landwirtschaftlichen Betrieben

Die Industriemesse in Hannover hatte kaum ihre Pforten geschlossen, als auf dem Messegelände der Aufbaustab der 48. Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft einzog und sofort mit den Vorbereitungen für die „Internationale Landwirtschaftsschau“ begann. Eine Leistungsschau, die für 8 Tage die Industrie und Landwirte der Bundesrepublik und des benachbarten Auslandes sowohl als Aussteller wie auch als Besucher aufwies. Der Bundesluftschutzverband (BLSV) sah hier eine willkommene Gelegenheit, Kontakt zu einer großen Zahl von landwirtschaftlichen Betriebsführern zu bekommen, denen das Wissen von Möglichkeiten und Grenzen des Selbstschutzes auf dem Lande vermittelt werden konnte. Im Auftrage der Bundeshauptstelle richtete daher die Landesstelle Niedersachsen des BLSV auf 400 m² Ausstellungsfläche eine Beratungsstelle ein, die in zwei Ausstellungshäusern und einem Innenhof praktische Vorschläge für den ländlichen Selbstschutz zeigte.

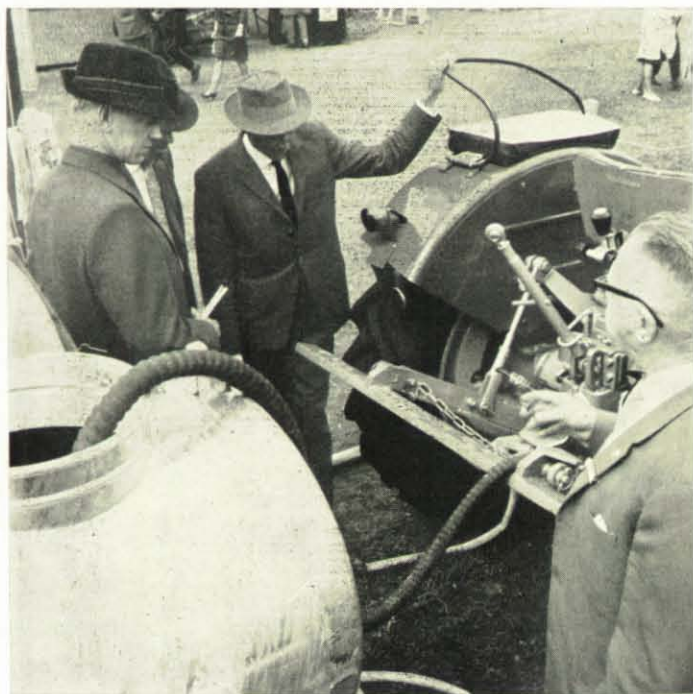
Ein auffälliges Leuchttransparent „Warum Selbstschutz?“ forderte das heraus, was viele mit gewisser Skepsis denken. Die richtige Antwort darauf fand der Besucher in einem Rundgang durch die repräsentative BLSV-Sonderschau. Diese befaßte sich im Wechsel zwischen großflächiger Graphik, zwischen Modellen und betriebsbereiten Geräten, zwischen praktischen Vorschlägen und immer wieder dem gesprochenen Wort einer geschulten Beratergruppe mit allen Fragen, die mit dem „Selbstschutz in landwirtschaftlichen Betrieben“ verknüpft sind.

An dem Schnittmodell eines Bauernhauses diskutierte eine

Gruppe von Landwirten mit dem Luftschutzlehrer, der hier eingesetzt war, über Fragen aus der Praxis. So beispielsweise, ob eine Betondecke über den Stallungen, die einen gewissen Strahlenschutz verspricht, richtiger sei oder eine Balkendecke, die die Ausdünstungen der Tiere besser absorbiert? Man hörte vielfach auch die Frage: Ist es richtig, auf eine Balkendecke noch zusätzlich eine Lehmauflage für die Erhöhung des Strahlenschutzes aufzubringen? Die Baubehörden lehnen dieses nämlich vielfach ab, weil dann nicht mehr kontrolliert werden kann, ob tragende Balken faul geworden sind. Immer wieder konnten wir jedenfalls in der Diskussion feststellen, daß der Bauer, der sich für den Selbstschutz interessiert, viel schneller zur Grundfrage „möglich oder unmöglich“ durchdringt. Sein Hof steht ihm immer vor Augen, wenn er den Worten der BLSV-Helfer zuhört. Programmatische Erklärungen allein überzeugen ihn nicht, in jedem Einzelfall muß jede Frage überzeugend beantwortet werden. Die Vorschläge zur Bevorratung von Lebensmitteln, die Anschaffung von Verbandkästen für Mensch und Tier stoßen auf keinen Widerspruch. Bei dem vorsorglichen Dokumentenschutz gibt es so manche nachdenkliche Zustimmung.

Fast ohne Übergang führte der Weg dann in einen 8 m² großen Strahlenschutzraum. Die Einrichtung für 6 Personen brachte ein realistisches Bild, wie es einmal sein könnte: 350 Liter Wasser müssen untergebracht werden, wenn jeder Schutzrauminsasse pro Tag 4 l als Trink- und Brauchwasser zur Verfügung haben soll. Ein Regal nimmt die Lebensmittel auf. Das Spielzeug für die Kinder weist darauf hin, daß es nicht nur auf den Überlebens-Vorrat allein ankommt. An einem großzügig angelegten Strahlenmeßstand war das Ticken des Geigerzählers für viele die erste Berührung mit dem neuen Zeitalter. In wenigen Minuten muß ja im Ernstfall die Strahlenbedrohung festgestellt werden, um die entsprechenden Schutzmaßnahmen unmittelbar darauf durchführen zu können.

Nahe dem Ausgang stieß der Besucher der BLSV-Sonderschau auf die Geräte des Selbstschutzzuges. So mancher Feuerwehrmann stellte hier fachmännische Fragen. Bei den im Freigelände aufgestellten landwirtschaftlichen Geräten erwies sich jeder Besucher dagegen als ein Fachmann. Schlepper- und Zapfwellenpumpen und die Verwendung von Beregnungsanlagen für den abwehrenden Brandschutz waren für den praktisch denkenden Landwirt attraktive Anziehungspunkte. So mancher Landwirt wurde dadurch angeregt, zusätzlich D- oder C-Druckschläuche zu bestellen. Die rund 10 000 Besucher dieser BLSV-Sonderschau nahmen nicht nur viele Ratschläge mit, sondern trugen auch unsere mit Sonderdrucken gefüllte Werbetasche mit nach Hause, deren Aufdruck unsere ständige Mahnung ist: „Vorsorgen!“



Rechts: Modern und attraktiv war die Ausstellung des BLSV gestaltet. Darunter und links: Insbesondere solche Geräte, die sich für den täglichen Gebrauch in der Landwirtschaft als auch für Feuerlöschzwecke verwenden lassen, fanden bei den Besuchern der Messe Interesse.



Das interessiert den Landwirt



Nach der Eröffnung der Internationalen Landwirtschaftsschau durch Bundespräsident Lübke fand eine Mustertier-Schau statt. Darunter und links: Anschauliche Bilder und Texte sowie umfangreiches Informationsmaterial warben für ländlichen Selbstschutz.



Rechts und darunter: Über Strahlenmeßgeräte wurde am BLSV-Stand lebhaft diskutiert, und man probierte sie aus. Stark beachtet wurden auch Feldberieselungs-Anlagen, die gleichzeitig zur Löschwasserversorgung dienen können. Daneben: Flotten Absatz fanden auch hier die BLSV-Sammeltaschen, die vielseitig verwendbar sind.

